

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.17 - 66. Jahrgang

20. August 2016

Sommerfest der Berliner SPD



Dichtes Gedränge an der Bodestraße in Mitte: Die SPD hatte am vergangenen Sonnabend zum Familien-Sommerfest geladen.



Im Einsatz auf dem Fest und bei zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen: das Unterstützerteam von Michael Müller.



Zwei, die auf den SPD-Plakaten zu sehen sind: Johanna Penski und Michael Müller.



Am Stand der AG 6oplus. Fotos: Horb

Wahlkampf:

„Jetzt Partei ergreifen!“

SPD begrüßt Neumitglieder Axel Pape und Clemens Schick

Die Berliner SPD hat zwei prominente Neumitglieder. Auf der Bühne des Familien-Sommerfests überreichte der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller den beiden Schauspielern Axel Pape und Clemens Schick ihre Parteibücher.

Pape, der u.a. den Hellmuth Stieff in „Stauffenberg – Die Stunde der Offiziere“ spielte, und Ex-Bond-Bösewicht Clemens Schick wollten damit ein Zeichen setzen – für Toleranz und Weltoffenheit und gegen Ausgrenzung und populistische Stimmungsmache. „Unsere Freiheit wird bedroht – von Rechtspopulisten und radikalen Islamisten. Wir müssen wegkommen vom ‚Die machen alles falsch‘ und Partei ergreifen“, sagte der 44-jährige Schick. Und Axel Pape ergänzte: „Sich von Rechtspopulisten die Welt erklären zu lassen, das ist so, als würde man bei einem Beinbruch zum Frisör gehen.“

Die beiden Schauspieler nutzten das Familien-Sommerfest der SPD für ein öffentliches Bekenntnis zur offenen Gesellschaft und zur Sozialdemokratie. Für den SPD-Landesvorsitzende Michael Müller ein



Parteibücher für Clemens Schick und Axel Pape.

Fotos: Horb

wichtiges Signal: Der Zusammenhalt in der Stadt brauche engagierte Bürgerinnen und Bürger. Er warnte davor, Rechtspopulisten das Feld zu überlassen. Was Berlin ausmache, sei ein „friedliches Miteinander in einer lebenswerten, vielfältigen und einzigartigen Stadt“, so Müller.

UnterstützerInnen von Michael Müller können sich jetzt auch auf der Internetseite michael.mueller.de eintragen.

siehe auch S. 3 und 4

„Ein neues Kapitel für Berlin“

Michael Müller wirbt für stabile Zweierkoalition mit starker SPD

Der SPD-Spitzenkandidat und Regierende Bürgermeister Michael Müller hat der CDU „verzweifelte Stimmenhatscherei“ am rechten Rand vorgeworfen. „Nur eine Koalition jenseits der Henkel-CDU kann ein besseres Berlin gestalten“, so Müller in einem Gastbeitrag für den Berliner „Tagesspiegel“.

Müller sprach sich für ein Bündnis mit den Grünen nach der kommenden Wahl aus. Eine Koalition mit den Grünen sei keine „Liebesheirat“, stellte Müller fest, aber eine rot-grüne Zweierkoalition habe das Potenzial, den Herausforderungen des wachsenden Berlins am besten gerecht zu werden. „Mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus müssen wir ein neues Kapitel für Ber-

lin aufschlagen. Aber das können wir nur, wenn die Berlinerinnen und Berliner klare Verhältnisse schaffen und eine verlässli-

IN DIESER AUSGABE:

SONDERZUG MIT REKORD	S. 4
BERLIN IM HUMBOLDT FORUM	S. 5
GESCHICHTE DER ARBEITERKLASSE	S. 12
SOMMERKONZERTE	S. 16

che Regierungsbildung ermöglichen. Dazu brauchen wir eine starke SPD, weil nur so das ganze Berlin im Blick bleibt.“

2001 habe die SPD den Mut gehabt, alte Gräben zuzuschütten, jetzt gehe es um die Herausforderung, das wachsende Berlin sozial und nachhaltig zu entwickeln. **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

In stürmischen Zeiten

Slowakei übernahm erstmals den Ratsvorsitz in der EU

Am 1. Juli hat die Slowakei erstmalig den Vorsitz über den Rat der Europäischen Union übernommen. Keine einfache Aufgabe so kurz nach dem Brexit-Votum im Vereinigten Königreich. Aber auch ohne diese Herausforderung liegen viele Aufgaben auf dem Tisch, die in den nächsten sechs Monaten angegangen werden müssen.

Die Stärkung der europäischen Wirtschaft steht im Mittelpunkt des slowakischen Programms. So sollen Maßnahmen getroffen werden, um Investitionen in die europäische Wirtschaft zu befördern, denn in vielen Ländern der EU ist eine hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter jungen Menschen, ein echtes Hindernis für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Der europäische Binnenmarkt soll hier ein besonderer Fokus sein, da er in vielen Bereichen noch nicht vollendet ist, beispielsweise im Energiesektor. Insbesondere der digitale Binnenmarkt soll neue Chancen für wirtschaftliche Entwicklung eröffnen. Daher müssen Hindernisse abgebaut werden, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen elektronische Dienste in der EU grenzüberschreitend nutzen können, bei einem hohen Verbraucherschutzniveau unter fairen Wettbewerbsbedingungen. Neben den vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes - Arbeitnehmerfreizügigkeit, freier Warenverkehr, Freizügigkeit von Dienstleistungen und Kapital - sollte auch der freie Datenverkehr als fünfte Grundfreiheit garantiert sein, so ein Vorschlag der Slowakei.

Die Reform und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion auf



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin. Foto: Europäisches Parlament

Grundlage des sogenannten Fünf-Präsidenten-Berichts ist ebenso eine der Aufgaben der slowakischen Ratspräsidentschaft wie die Verhandlungen über den EU-Haushalt 2017 sowie die Halbzeitüberprüfung des laufenden mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020.

Eine nachhaltige Migrations- und Asylpolitik ist selbstverständlich zentraler Teil des Programms des slowakischen Ratsvorsitzes. Dem Land kommt dabei die schwere Aufgabe zu, die sehr unterschiedlichen nationalen Vorstellungen zusammenzubringen. Vor dem Hintergrund, dass die slowakische Regierung in den vergangenen Monaten selbst durch eine ablehnende Haltung zum Thema Zuwanderung von sich reden machte, sind hier eher keine raschen Fortschritte zu erwarten. Die slowakische Ratspräsidentschaft sieht die Stärkung des

Schengen-Raumes und den verbesserten Schutz der EU-Außengrenzen als absolute Priorität an. Zugleich will sie die Diskussion um ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem dort vorantreiben, wo es Gemeinsamkeiten und Annäherung zwischen den Mitgliedstaaten gibt. Die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Drittstaaten, insbesondere mit Transit- und Herkunftsländern, soll ebenfalls ausgebaut werden. An der Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Antwort auf diese Herausforderung kann für uns SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament kein Zweifel bestehen. Entsprechend aufmerksam werden wir die slowakischen Initiativen in diesem Bereich beobachten.

Neben diesen wichtigen Prioritäten stehen Fragen über den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU sowie die Zukunft des europäischen Projektes auf der To-Do-Liste. Am 16. September werden die Staats- und Regierungschefs der EU in der slowakischen Hauptstadt Bratislava zu einem informellen Sondergipfel zusammenkommen, um über das weitere Vorgehen in Sachen Brexit zu beraten.

Insbesondere mit Blick auf eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik werden wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament den slowakischen Ratsvorsitz kritisch begleiten. Begrüßenswert ist der Vorsatz der Slowakei, die Fragmentierung in der EU zu überwinden und auf konkrete Ergebnisse hinzuarbeiten. Am Ende des Jahres werden wir den Erfolg der slowakischen Ratspräsidentschaft daran messen. **Sylvia-Yvonne Kaufmann** □

„Wozu braucht es noch Europa?“

Der Fachausschuss Europa und die SPE-Aktivist*innen laden zur Diskussion über das Thema „Wozu braucht es noch Europa?“ mit Gesine Schwan, Daphne Büllsbach (European Alternatives) und Conny Reuter (Generalsekretär SOLIDAR). Beginn ist am 30.08. um 19:00 Uhr im „Aufsturz“, Clubraum, Oranienburger Straße 67. **BS** □

Kriminalität

„Schäbig und verachtenswert“

Eva Högl: Straftaten gegen Asylunterkünfte erschreckend gestiegen

Die jetzt vom Bundeskriminalamt veröffentlichten Zahlen zu den Straftaten gegen Asylunterkünfte offenbaren nach Ansicht der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Eva Högl ein erschreckendes Ausmaß: 2016 wurden bislang 665 Straftaten gegen Asylunterkünfte verübt, 613 davon waren eindeutig rechts motiviert und 118 Taten sind als Gewaltdelikte einzustufen.

„Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Gewalttaten gegen Flüchtlinge hat längst ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen“, so Eva Högl. „Die feigen Anschläge und Anfeindungen gegen Flüchtlinge, Flüchtlingshei-

me, Helferinnen und Helfer sowie Politikerinnen und Politiker verurteilen wir aufs Schärfste. Es ist verachtenswert, gerade die Menschen, die zu uns kommen, um Schutz vor Krieg, Terror und Gewalt zu finden, anzufinden, zu bedrohen und zu verletzen. Rassismus und Rechtsextremismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Als Demokratinnen und Demokraten dürfen wir nicht zulassen, dass rechte Hetzer bewusst ein Klima der Angst gegen Migranten, Asylsuchende und Muslime schüren und müssen dem wachsenden Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen in Deutschland entschieden entgegen wirken.“ **BS** □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin



Sie haben viel vor: Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für die Bezirkswahlen wollen den sozialen Zusammenhalt in den Kiezen stärken, die Verwaltung ausbauen und die Schulsanierung fortsetzen. In neun der zwölf Bezirke stellt die SPD bislang die BezirksbürgermeisterInnen. Foto: Horb

Eine Richtungsentscheidung

Nina Queer: „Es geht um gegenseitigen Respekt“

Die bekannte Berliner Drag-Queen Nina Queer hat für ein Motiv der Berliner SPD-Kampagne Modell gestanden. Im Interview spricht sie über die Wahl und die Kampagne.

BS: Sie haben sich für die Kampagne der SPD Berlin ablichten lassen. Das Motto Ihres Motivs lautet: Berlin bleibt frei. Was verbinden Sie damit?

Nina Queer: Berlin ist die Stadt, in der jede und jeder sich geben kann, wie es ihm beliebt, und das bereits seit vielen Jahren. Hier ist es egal, ob ich als Mann oder Frau auf die Straße gehe. Diese Freiheit liebe ich an Berlin, und sie ist auch ein Grund, weshalb diese Stadt mein Zuhause ist. Allerdings betrachte ich mit Sorge, wie unsere tolerante Gesellschaft zunehmend durch ausgrenzende und populistische Sprüche gefährdet wird. Deshalb habe ich die SPD bei diesem Motiv unterstützt, um mit deutlich zu machen, worum es bei dieser Wahl eigentlich geht: um eine Richtungsentscheidung.

BS: Sie sind eine bekannte Drag-Queen. Was sagen Sie eigentlich zu dem Weltoffen-Motiv. Das Kopftuch hat für viel Kontroverse gesorgt. Ist das Motiv nicht ein Widerspruch zu Ihrem Freiheitsbegriff?

Nina Queer: Nein. Wie ich schon gesagt habe: In Berlin gilt: Jeder/jede wie er oder sie will. Ich kann nicht gleichzeitig Toleranz für mein Lebensmodell einfordern und die Kopfbedeckung einer anderen Person verurteilen. Es geht um den gegenseitigen Respekt, um ein gutes Miteinander, ohne Vorurteile. Für mich stellt das Motiv eine ganz alltägliche Szene dar: eine zufällige Begegnung in einem U-Bahnhof, wie sie tagtäglich passiert. Und wer sagt eigentlich, dass es sich dabei um eine junge Frau mit Kopftuch handelt. Es könnte doch genauso gut ein Mann in Frauengarderobe



Das Plakatomotiv mit Nina Queer. Foto: Horb

sein (lacht). Aber zurück zum Thema: Eine gewisse rechtspopulistische Partei versucht ja gerade mit einem Plakat Homosexuelle gegen Muslime aufzubringen. Nicht sehr glaubhaft, aber dieser Versuch zeigt: Dieser Partei ist alles recht, um die Gesellschaft zu spalten. Da muss man gegenhalten.

BS: Was erhoffen Sie sich von der Wahl am 18. September?

Nina Queer: Dass ich der SPD nahe stehe, ist ja ein offenes Geheimnis. Insofern wünsche ich mir natürlich, dass Michael Müller auch weiterhin Regierender Bürgermeister bleibt. Er steht wie kein anderer in Berlin für den Zusammenhalt der Gesellschaft – unabhängig von sozialer Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Ausgrenzende, rechtspopulistische Parteien haben in unserem Abgeordnetenhaus nichts zu suchen. Sie passen nicht zu Berlin und schaden nur dem internationalen Ansehen der Stadt. Insofern hoffe ich stark und werbe dafür, dass die Berlinerinnen und Berliner sich genau angucken, wen sie wählen. Jede Stimme zählt – bei dieser Wahl besonders. **BS** □

Justiz:

Heiko Maas diskutiert „transparente Justiz“

Zur Diskussion über „Bürgerrechte und transparente Justiz“ lädt die ASJ Berlin am 12. September ein. Bundesjustizminister Heiko Maas leitet die Veranstaltung ein. Dr. Marcus Mollnau, Präsident der Rechtsanwaltskammer Berlin, spricht ein Grußwort.

„Die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine gut aufgestellte, effiziente und unabhängige Justiz, die ihre Aufgaben in angemessener Zeit erfüllt und die offen ist für gesellschaftliche und technische Veränderungen“, so die ASJ in ihrer Einladung. Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Gerichtsakte stellen die Justiz vor große Herausforderungen. Eine moderne Justiz soll zugleich transparenter werden und sich auch für die Medien stärker öffnen. Welche Herausforderungen sich für die Justiz in den nächsten Jahren stellen, will die ASJ mit Rechtsanwältin Dr. Margarete Gräfin von Galen, der Präsidentin des Landgerichts Berlin Gabriele Nieradzik und dem Journalisten Dr. Norbert Siegmund diskutieren. **PM** □

➔ 12. September 2016, 19.00 bis 21.30 Uhr, Willy-Brandt-Haus, Hans-Jochen-Vogel-Saal, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Anmeldung bis zum 31. August 2016 per Mail: veranstaltungen.berlin@spd.de oder im Formular auf www.spd.berlin/asj-veranstaltung

Wahlen:

Mehr Wahlberechtigte in Berlin

Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin sind 2 495 387 Berlinerinnen und Berliner wahlberechtigt – das sind 14 215 mehr als vor fünf Jahren.

Der Bezirk Pankow hat mit 286 521 die meisten Wahlberechtigten, der Bezirk Spandau mit 163 444 die wenigsten. Die höchsten Zunahmen bei den zum Abgeordnetenhaus Wahlberechtigten gibt es in den Bezirken Mitte (plus 6 837) und in Trepptow-Köpenick (plus 2 633). Lediglich in drei Bezirken ist die Zahl der Wahlberechtigten gesunken, und zwar in Spandau (minus 133), in Friedrichshain-Kreuzberg (minus 563) und in Marzahn-Hellersdorf (minus 2294).

Bei den ebenfalls am 18. September stattfindenden Wahlen zu den 12 Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) gibt es 2.771.320 Wahlberechtigte – das sind 103.565 Personen mehr als 2011. bei der Bezirkswahl dürfen alle Berlinerinnen und Berliner ab 16 Jahren sowie EU-BürgerInnen mitstimmen. **PM** □

Verkehrspolitik:

Sonderzug mit Rekord

Gemeinsame Aktion mit polnischen Sozialdemokraten

Am 16. Juli wurde der Sonderzug „Ferdinand Lassalle Express“ der SPD aus Berlin herzlich von zahlreichen polnischen SozialdemokratInnen aus Breslau, Liegnitz und Oppeln im Breslauer Hauptbahnhof mit Musik und SPD-, SPE-, SLD- und Europafahnen empfangen. Ca. 90 TeilnehmerInnen kamen im Sonderzug aus Berlin: Andreas Geisel mit Mitgliedern der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, deutsche und polnische Genossinnen und Genossen aus Berlin, Brandenburg und sogar aus Lubuskie, Fahrgastverbände, die sich für den Bahnverkehr Deutschland-Polen engagieren und interessierte Bürgerinnen und Bürger. Der Zug war ein Kooperationsprojekt des SPD Fachausschusses Mobilität und der AG Polen.

SPD Berlin und SLD Niederschlesien haben eine enge Zusammenarbeit begonnen: Ein Thema ist die Verbesserung der Bahnverbindungen. Wir wollen den polnischen Sozialdemokraten, die unter schwierigen



„Großer Bahnhof“: Ankunft in Breslau.

Foto: Jürgen Murach

Bedingungen arbeiten, auch durch einen kommunalpolitischen Erfahrungsaustausch helfen: Auch in Breslau sind Wohnungsknappheit von bezahlbarem Wohnraum und Gentrifizierung ein Hauptproblem. Sozialbauwohnungen und Wohnungsbaupolitik gibt es bisher in Polen

nicht. Alles wurde in der polnischen Politik bisher dem freien Markt überlassen. Die SLD kämpft auch in der Stadt gegen die Pläne, teure U-Bahnen zu bauen und setzt wie die SPD Berlin auf mehr Straßenbahnausbau.

2014 kam es zur Einstellung des letzten Fernzuges von Berlin nach Breslau. Der Fachausschuss Mobilität hatte dagegen in einer „Trauerabschiedsfahrt“ mit dem letzten Eurocity „Wawel“ protestiert. CSU-Verkehrsminister Dobrindt sieht in seinem neuen Entwurf zum Bundesverkehrswegeplan keine Prioritäten für die Modernisierung der Bahnverbindungen nach Polen vor. Während in den nächsten Jahren Milliarden Euro im zweistelligen Bereich nach Süddeutschland fließen, könnte mit nur 100 Mio. Euro eine Elektrifizierungslücke von 72 km und der Wiederaufbau des zweiten Gleises zwischen Cottbus und Horka finanziert werden. Die Fahrzeit Berlin-Breslau könnte auf unter 3 Stunden verkürzt werden.

Berlins Verkehrssenator Andreas Geisel hat in einer gemeinsamen Aktion mit Ministerpräsident Dietmar Woidke für die Zeit der Europäischen Kulturhauptstadt an Wochenenden für die Berliner und Brandenburger einen Kulturzug bestellt, der nicht vom Fernverkehr zuständigen Bundesverkehrsminister, sondern von Berlin und Brandenburg finanziert wird. Der Zug ist so erfolgreich, dass er häufig überfüllt ist.

Mit der Sonderzugfahrt haben Berliner und Breslauer Sozialdemokraten demonstriert, wie die Fahrzeit von Fernzügen durch einen neuen Laufweg mit geringen Kosten reduziert werden kann. Auf polnischer Seite gibt es eine hochmoderne Bahnstrecke von Oppeln über Breslau nach Görlitz und Horka. Die Strecke ist auf 160 km/h ausgebaut, wurde aber zur Investitionsruine, weil der Bundesverkehrsminister einen Staatsvertrag gebrochen hat und die Fortsetzung Görlitz - Dresden nicht wie vereinbart elektrifiziert und ausgebaut wurde.

Der SPD Berlin ist es gelungen einen neuen Zug, der für Polen zugelassen ist und bis zu 140 km/h fahren darf, zu chartern und einen Weg über die moderne polnische Strecke fahren zu lassen. Trotz des Umwegs über Görlitz konnten wir einen Rekord aufstellen: Während der letzte Eurocity von Breslau nach Berlin 5 Stunden benötigte, hat es der Sonderzug in 3 Stunden 38 Minuten geschafft.

Im nächsten Jahr werden wir diese Fahrt nach Breslau wiederholen. Dann ist die Abkürzung über Horka fertig. Ein neuer Rekord vielleicht knapp über drei Stunden ist dann sicher. Zur Finanzierung der nächsten Aktion „Ferdinand Lassalle“ brauchen wir wieder Spenden.

Soziales:

Verspätetes Jubiläum

AWO Spree-Wuhle holte Feier zur Wiederbegründung nach

Am 2. Juli hat der Kreisverband Spree-Wuhle der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geladen, um sein 25-jähriges Jubiläum nach der Wiederbegründung in Friedrichshain, Hellersdorf und Marzahn im Jahr 1990 nach der friedlichen Revolution nachzufeiern.

Denn das Jubiläum, das unter dem Motto „25 + X“ begangen wurde, sollte eigentlich schon letztes Jahr gefeiert werden. Aber dem verstärkten Einsatz und dem großartigen Engagement der Hauptamtlichen und Mitglieder in der Flüchtlingshilfe wurde oberste Priorität beigemessen, sodass für Jubiläen keine Zeit mehr blieb und die Feierlichkeiten zunächst verschoben werden mussten.

Nun, ein Jahr später, dafür umso gebührender, wurde das Vierteljahrhundert in der Villa Pelikan bei kulinarischen Köstlichkeiten und einem umfangreichen Kulturangebot von Tanz und Gesang gefeiert. 250 Gäste aus der AWO-Mitgliedschaft, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Vertreterinnen und Vertretern aus der Landes- und Bezirkspolitik sowie Zivilgesellschaft, sind gekommen und haben zu einem gelungenen Abend beigetragen.

Ich bin froh darüber, die AWO als Weggefährtin in meiner politischen Arbeit und dem Streben nach mehr Gerechtigkeit an



Die AWO Spree-Wuhle feierte 26jähriges Bestehen.

Foto: Büro Kiziltepe

meiner Seite zu wissen: mit ihren KiTas, Altenpflegeeinrichtungen sowie ihrer Sozialarbeit im Allgemeinen leisten die AWO und ihre haupt- und ehrenamtlich Engagierten einen unschätzbaren Beitrag in der tagtäglichen Arbeit für die Bedürftigen und eine soziale Gesellschaft in meinem Wahlkreis und darüber hinaus.

Als Mitglied des AWO Kreisverbands Spree-Wuhle e.V. bin ich stolz auf das nun schon 26-jährige Bestehen und den über die Jahre durch die Sozialarbeit geleisteten Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und freue mich auf viele weitere Jahre wertvollen Engagements.

Cansel Kiziltepe □

Jürgen Murach □

Kultur:

Verflochten mit der Welt

Eckhardt Barthel über die geplante Präsentation Berlins im Humboldt Forum

Was für eine Vorstellung: Gerade fünf Monate im Amt, und schon legt Paul Spies eine Konzeption für den Berlin-Part im Humboldt Forum vor. Außerdem präsentiert er überraschend auch noch/schon einen Entwurf für die inhaltlichen Profile der fünf Häuser des „Berliner Stadtmuseums“ (Märkisches Museum, Nikolai-Kirche, Ephraim Palais, Knoblochhaus, Museumsdorf Düppel), die von Lokalem, das Humboldt-Forum von Globalem geprägt sein werden. Nicht nur wegen der atemberaubenden Schnelligkeit, mit der der Holländer und sein Team diese Konzepte erarbeitet haben, fanden sie breites Lob in den Medien und bei Interessierten. Mit der Berufung von Paul Spies hat Michael Müller eine glückliche Hand bewiesen.

Paul Spies, ehemaliger Direktor der Amsterdam Museum Foundation, leitet seit Februar in gleicher Funktion das Berliner Stadtmuseum sowie ein Team zur Präsentation der Berlin-Abteilung im Humboldt Forum und wird Chefkurator dieser Abteilung. Sein Entwurf für das Humboldt Forum ist der dritte, der vorgelegt wurde. Nachdem „Welt der Sprachen“, den die Landes- und Zentralbibliothek erarbeitet hatte, gecancelt wurde (Teile sich aber erfreulicherweise im Spies-Entwurf wiederfinden), fanden viele auch am Konzept „Welt-Stadt-Berlin“ kein Gefallen, das sie als zu klein für das „größte Kulturprojekt Deutschlands“ betrachteten.

„Zentrales Thema der Ausstellung ist die Verflochtenheit Berlins mit der Welt“. Spies will Brücken bauen zwischen Berlin



Eckhardt Barthel, ehemaliger kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: privat

und der Welt, will die Vielfältigkeit von Metropolen, für die exemplarisch Berlin steht, und ihre dynamischen Verflechtungen in der Welt wie auch im Globalisierungsprozess zeigen und zur „Weltoffenheit“ ermuntern. Auch Spannungsverhältnisse, wie die zwischen Universalismus und Eurozentrismus, die schon die Forschungen der Namensgeber prägten, werden thematisiert. Keine chronologische Darstellung der Geschichte, auf die er vom Heute als Ausgangspunkt blickt, sondern ein Kaleidoskop der Stadt, „kein City-Marketing“, sondern auch die Darstellung der dunklen Seiten Berlins erwarten die Besucher. Ein „Erlebnisparcours“ mit „Mitmachcharakter“, eine sinnliche Erfahrungswelt, die in einer Dreiviertelstunde zu durchschreiten ist, soll es werden.

Sicher, einiges klingt noch etwas vage und es bleiben verständlicherweise Fragen offen, im beginnenden Realisierungsprozess wird sich vieles konkretisieren: von Berlin liegen aber jetzt anschauliche und verbindliche Vorstellung davon vor, wie die Stadt sich zu präsentieren gedenkt. Es ist ein breites Spektrum, das auf der 4000qm großen Fläche auf der Beletage gezeigt werden soll. Schon die inhaltlichen Gliederungspunkte zeigen den großen Bogen, den Spies spannt: Berlin-Bilder, Revolution, Freiräume, Grenzen, Vergnügungen, Krieg, Sprache, Migration, Mode, Weltdenken und Partizipation. Man darf gespannt sein!

Gespannt sein darf man aber auch, ob diese Konzeption für den Berlin-Teil im Humboldt Forum, in der sich viele Schnittstellen und Verknüpfungen mit den anderen Bereichen befinden, auch in die Gesamtkonzeption des Forums passt, das ja als Ganzes gedacht und gestaltet und mehr als ein Museum werden soll. Im November will laut Presseerklärung Gründungsintendant MacGregor leider noch nicht sein Konzept, sondern lediglich „das Programm des Humboldt Forums für das Jahr 2017 und das Team vorstellen“.

Paul Spies tröstet mit der Bewertung seiner Vorstellungen durch MacGregor: „Das ist brilliant. Da kann nichts schiefgehen.“ Trotzdem scheint es sinnvoll, Paul Spies in die Gründungsintendanz zu integrieren, um das Humboldt Forum als „Einheit in der Vielfalt“ gestalten zu können, zumal schon jetzt offensichtlich eine gute Zusammenarbeit mit ihm besteht.

Eckhardt Barthel □

Kunst und kulturelle Bildung zugänglich machen

Was steht zur Wahl? Fragerunde der Kulturpolitischen Gesellschaft zu Kultur und Politik

Am 18. September werden mit den Landtagswahlen auch die kulturpolitischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Am 19. Juli waren Kandidat_innen der regierungserfahrenen Parteien in Berlin von der Kulturpolitischen Gesellschaft (KuPoGe) - Regionalgruppe Berlin Brandenburg eingeladen.

Den Fragen des interessierten Publikums bestehend aus Mitgliedern der KuPoGe, KulturakteurInnen, der Kulturpolitik, der Kulturverwaltung und der Presse stellten sich Stefan Schlede (Fraktion CDU), Sabine Bangert und Notker Schweikhardt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Wolfgang Brauer (Fraktion DIE LINKE), Simon

Kowalewski/Piraten-Fraktion und Hartmut Ebbing von der FDP.

Tim Renner, Staatssekretär für Kultur sprach in Vertretung des Kultursenators und Regierenden Bürgermeisters Michael Müller und Frank Jahnke ist derzeitiger Kultur-Ausschussvorsitzender. Jan Stöß, Kandidat, früherer Stadtrat u.a. für Kultur, war wegen der Kandidatenvorstellung verhindert. Brigitte Lange, amtierende, aber nicht mehr kandidierende kulturpolitische Sprecherin der SPD, verfolgte die Diskussion interessiert aus Zuschauerperspektive.

Stephan Abarbanell, Programmleiter Kultur des rbb und Moderator der zweistündigen Fragestunde gelang das schier Unmögliche und er ritt mit allen acht Dis-

kutierenden durch viele Bereiche und Herausforderungen der zukünftigen Kulturpolitik. Tim Renner und Frank Jahnke vertrauten beide prospektiv die Schwerpunkte einer zukünftigen sozialdemokratischen Kulturpolitik. Sie bezogen sich dabei auf das mit dem Fachausschuss Kulturpolitik erarbeitete Wahlprogramm, das mit Staatssekretär Renner, Barbara Scheffer (Kulturbeauftragte IV, Vorsitzende FA XII) und Wibke Behrens (stellv. Vorsitzende FA XII) und geladenen Kulturexpert_innen in einem Kulturdialog auf Einladung vom damaligen SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß, im Frühjahr noch einmal fachlich diskutiert wurde.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Dort wird die Investition in die Freie Szene ebenso als Aufgabe genannt, wie die Förderung des Atelierprogramms zur Schaffung von Räumen, die Sicherung von Ausstellungshonoraren, aber auch die dringende Notwendigkeit von Zugänglichkeit zu Kunst und kultureller Bildung für alle Berlinerinnen und Berlinern.

Auch die Erarbeitung eines zukünftigen Stadtentwicklungsplans Kultur ist ein konkretes Vorhaben.

Tim Renner hat in seiner kurzen, aber sehr wirkungsvollen Amtszeit bereits die ersten Grundsteine für Modelle partizipa-

torischer Zusammenarbeit mit AkteurInnen wie dem Sprecherkreis der Koalition der Freien Szene gelegt. Ist es doch Ziel, gemeinsam Ergebnisse zu erreichen, die den Strukturen und den Bedarfen entsprechen. Brigitte Lange unterstreicht seit langem die Verstärkung der Zusammenarbeit und das Setzen auf partizipatorische Prozesse. Für einen Stadtentwicklungsplan Kultur ist dies ebenfalls eine zu begrüßende Vorgehensweise.

Die Kulturpolitische Gesellschaft, gegründet 1976, ist ein bundesweiter Zusammenschluss kulturpolitisch interessierter und engagierter Menschen aus den Berei-

chen Kulturarbeit, Kunst, Politik, Wissenschaft, Publizistik und Kulturverwaltung. Sie bildet keinen berufsständischen Interessenverband und ist an keine Partei, Kirche oder Gewerkschaft gebunden. Sie entwickelt nach ihrem Selbstverständnis neue Leitbilder und Zielsetzungen für Kulturpolitik und ihre Mitglieder verstehen sich als kulturpolitische Arbeitsgemeinschaft, die sich in den alten und neuen Bundesländern für eine zeitgemäße und demokratische Kulturpolitik engagiert, damit Kunst und Kultur die ihnen angemessene Förderung in der Gesellschaft erfahren können. **Wibke Behrens** □

Über Berlin reden:

Politik in der Abendsonne

Michael Müller zu Gast auf der Dachterrasse des Seniorendomizils an der Panke

Vom Dach des Seniorendomizils an der Panke geht der Blick über weite Teile des Wedding. „ÜBER Berlin reden“, lautet in luftiger Höhe das Motto des Abends mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller, zu dem Clarissa Meier, Leiterin des Seniorendomizils, nicht nur den Bewohnerbeirat der Pflegeeinrichtung eingeladen hat, sondern auch zahlreiche Nachbarn, Geschäftsleute, Vertreterinnen und Vertreter von Initiativen aus dem Soldiner Kiez und den Wahlkreisabgeordneten Ralf Wieland.

Das Seniorendomizil im Ortsteil Gesundbrunnen ist Heimat von 96 Pflegebedürftigen, etliche stammen aus dem Kiez oder ihre Kinder wohnen in der Nachbarschaft. Sie fühlen sich gut aufgehoben, versichern sie Michael Müller, und berichten von den gemeinsamen Aktivitäten, zu denen auch jedes Jahr eine Reise nach Mallorca gehört. Zehn bis zwölf Bewohnerinnen und Bewohner nehmen, begleitet von Pflegekräften, teil. „Für manche von ihnen war es der erste Flug ihres Lebens und die erste Reise ans Meer“, sagt Clarissa Meier. Michael Müller berührt das. Gemeinsam mit den Seniorinnen schaut er sich Fotos der Reisen an und einen Kalender, der einige der Bewohnerinnen und Bewohner an ihren alten beruflichen Wirkungsstätten zeigt.



Dachterrassengespräch: Michael Müller beim Seniorendomizil an der Panke. Foto: Horb

Seit mehr als 12 Jahren ist Clarissa Meier im Quartiersrat tätig. Das Seniorendomizil, das sie mit ihrem inzwischen verstorbenen Mann aufgebaut hat, ist im Kiez verankert. Alle zwei Wochen findet ein Seniorentreff statt, zu dem auch ältere Anwohnerinnen und Anwohner aus der Nachbarschaft kommen, es gibt gemeinsame Aktivitäten mit der Kita, Senioren sind als Lesepaten aktiv. Ein Café ist Treffpunkt für ganz unterschiedliche Nachbarn und zugleich Ausbildungsstätte.

Michael Müller hat sich Zeit genommen, um mit allen zu sprechen. Das Zusammenleben im Kiez ist ein Thema. Michael Müller erläutert die Maßnahmen zum

Mieterschutz, die Verdrängung verhindern sollen. Um Platz für die Zuziehenden zu schaffen, wird auch höher und dichter gebaut werden müssen, auch über die „Berliner Traufhöhe“ von 22 Metern hinaus, sagt Michael Müller beim Blick über die Dächer.

Eine Offenhaltung des Flughafens Tegel, auf den alle paar Minuten eine Maschine Kurs nimmt, kommt für Michael Müller nicht in Frage. Niemand würde ernsthaft mit einer solchen Debatte den Standort BER gefährden wollen, sagt er. Es gebe auch nur eine Partei, die dieses Ziel verfolge.

Arbeit ist ein weiteres Thema, das Michael Müller an den verschiedenen Tischen immer wieder begegnet. Mal geht es um als zu hoch empfundene Prämien für private Arbeitsvermittler, mal um die Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens. Was wäre, wenn jede und jeder 1000 Euro monatlich zur Verfügung hätte? Eine Mehrheit für solche Pläne sieht Michael Müller nicht. Er berichtet von der erfolgreichen Einführung der Jugendberufsagenturen, in denen Arbeitsagenturen und bezirkliche Beratungsangebote für Jugendliche zusammengefasst sind. Aber er findet auch viel Unterstützung, wenn er das eigene Engagement einfordert, auch bei den Bewerbungen.

Es sind entspannte Gespräche über Politik in der Abendsonne über den Dächern der Stadt. Es geht um das gemeinsame Interesse an der Stadt. Michael Müller weist dabei auch auf die Bedeutung der Wahl am 18. September hin. Jede und jeder sei aufgefordert, sich für die Stadt zu engagieren, zur Wahl zu gehen und eine demokratische Partei zu wählen.

Clarissa Meier ist am Ende der Veranstaltung zufrieden. Es gab interessante Begegnungen und Gespräche. Und es ist einiges über den Kiez vermittelt worden, der ihr am Herzen liegt. **uh** □

Frieda-Rosenthal-Preis

Auch in diesem Jahr sucht die SPD Lichtenberg Menschen, die sich in außergewöhnlicher Weise für das demokratische Gemeinwesen und eine solidarische Nachbarschaft engagiert haben.

Vorschläge für den mit 100 € dotierten Frieda-Rosenthal-Preis können bis zum 22. August 2016 eingereicht werden. Der Preis

wurde 2009 von Birgit Monteiro gestiftet. Die Vorschläge sollten den Namen und die Kontaktdaten der vorgeschlagenen Person sowie eine kurze Begründung enthalten und können per Post (Rathausstraße 7, 10367 Berlin) oder E-Mail (info@spd-lichtenberg.de) an die SPD Lichtenberg geschickt werden. Eine Jury wird dann die Vorschläge bewerten. **PM** □

Partnerschaft:

„Mehr als ein Kostenfaktor“

SPD Rosenthaler Vorstadt beim „Ortsvereinskonvent“ in Salzgitter

Geflüchtete - mehr als ein Kostenfaktor: Zu diesem Thema fand in Salzgitter am 10. und 11. Juni ein politischer Austausch unter der Bezeichnung Ortsvereinskonvent statt. Eingeladen hatte auf Initiative von Muzaffer Perik und Stefan Klein, MdL, der SPD-Ortsverein Salzgitter-Lebenstedt seine Partnerortsvereine bzw. -abteilungen aus Berlin-Mitte (Rosenthaler Vorstadt), Gotha und Niederkassel. An der Reise nahmen von Berliner Seite Dr. Eva Högl MdB sowie Markus Giesecke, Ulrich Davids, Peter Fäßler und Hardy Davids-Schulz teil.

Der Freitagabend diente dem gegenseitigen Kennenlernen der Genossinnen und Genossen aus den verschiedenen Ortsvereinen am Salzgittersee. Am Samstag ging es in der Kulturscheune in Lebenstedt an die inhaltliche Arbeit. Eva Högl, die als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Asyl, Zuwanderung und Integration zuständig ist, erläuterte das neue Integrationsgesetz. Damit werden in Deutschland erstmals verbindliche Regeln für Integration geschaffen. Das Gesetz verbessert die Angebote zum Spracherwerb und fördert eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig fordert das Gesetz die aktive Beteiligung an diesen Angeboten ein. Eva Högl forderte zudem eine Beschleunigung der Asylverfahren: „Menschen, die zu uns kommen, müssen schnell erfahren, ob sie Schutz erhalten.“ Die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz bleibt auf der Tagesordnung.

Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, Mitglied des Ortsvereins Salzgitter-Lebenstedt, bezifferte die Kosten für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten für das Land mit rund 1,7 Milliarden Euro für das Jahr 2017, das sei das Zehnfache der Aufwendungen im Jahre 2014. Finanzminister Schneider zeigte sich zuversichtlich, dass diese Kosten zu stemmen seien, ohne vereinbarte politische Ziele zu gefährden oder Einschnitte in anderen Bereichen zu verordnen. Die günstige Konjunktur, eine gute Beschäftigungslage und niedrige Zinsen sind dabei ein Glücksfall. Allerdings seien bei derzeit 100 000 Flüchtlingen im Land und weiteren 50 000 Zuwanderern in diesem Jahr finanzielle Zugeständnisse des Bundes nötig: „Eine 50-prozentige Beteiligung des Bundes zu fordern, ist aus unserer Sicht nicht unver-schämmt.“

Salzgitters Sozialdezernentin Christa Frenzel berichtete eindrucksvoll über die kommunalen Bemühungen zur Integration



Sozialdezernentin Christa Frenzel, Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, Sandra Dittmann (Moderation) und Eva Högl, MdB.

Foto: Thorsten Reinke, Salzgitter

von derzeit ca. 3200 Geflüchteten. Sie zeigte sich optimistisch: „Das schaffen wir, aber nur mit Unterstützung von Bund und Land.“ Es zahle sich aus, dass die Geschichte der Stadt Salzgitter durch Zuwanderung geprägt ist und dass die Stadt eine starke interkulturelle Integrationskraft besitzt, denn hier leben Menschen aus rund 120 Nationen friedlich miteinander. Die Arbeit mit den geflüchteten Menschen in Salzgitter ist dadurch gekennzeichnet, dass die Zugezogenen vom ersten Tag an eng begleitet werden, damit sie das Regelsystem der Hilfsangebote schnell erreichen. Sprachanbahnung und Sprachvermittlung wird vom ersten Tag an unterstützt. Ehrenamtliche werden bei ihrem Einsatz begleitet - auch durch Fortbildung und Beratung.

Im Anschluss berichteten Ehrenamtliche aus Salzgitter und Niederkassel über ihre Arbeit mit den geflüchteten Menschen. Hier wurde deutlich, wie wichtig diese ehrenamtliche Tätigkeit für die Integration ist. Wichtig ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Ehren- und Hauptamtlichen.

In Arbeitsgruppen wurde noch eine Reihe von Themen angesprochen: Die Bedeutung von Wertevermittlung an die geflüchteten Menschen und die Förderung der politischen Beteiligung der Zuwanderer, die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Europaskepsis in der Bevölkerung, der man mit stärkeren Anstrengungen in der Politischen Bildung begegnen will. Betont wurde auch das Thema Transparenz: Mit den Herausforderungen und Problemen bei der Integration muss offen umgegangen werden, um die Akzeptanz zu erhöhen.

Durch die vielen persönlichen Gespräche und durch die Diskussionen ist bei allen Genossinnen und Genossen ein starkes Interesse an der weiteren Zusammenarbeit zwischen den Ortsvereinen entstanden - auch zu anderen Themen. Im kommenden Jahr soll es einen weiteren Ortsvereinskonvent in Niederkassel geben. **Peter Fäßler** □

FRAKTION INTERN

Vor und nach der Abgeordnetenhauswahl. Am 8. September findet die 85. Plenarsitzung dieser Legislatur im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Die insgesamt 149 Abgeordneten kommen zum letzten Mal vor der Wahl zusammen. Nach einer voraussichtlichen Spitzenrunde sollen dann noch mehrere Anträge beraten werden.

Nach der Wahl am 18. September 2016 hat das Parlament die Aufgabe, gemäß den Wahlprinzipien einer allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl baldmöglichst zusammenzutreten und sich eine Geschäftsordnung für die 18. Wahlperiode zu geben. Die Konstituierung soll spätestens nach sechs Wochen erfolgen, das ist nach derzeitigem Stand der 27. Oktober. Erst mit diesem förmlichen Rechtsakt werden die gewählten Abgeordneten handlungsfähig.

Die Eröffnung der konstituierenden Sitzung, zu der der Parlamentspräsident der vorherigen Wahlperiode Ralf Wieland einladen wird, erfolgt durch das älteste Mitglied des Hauses, den oder die AlterspräsidentIn.

Sie oder er leitet die Wahl des Präsidenten. Die stärkste Fraktion schlägt nach den Vorgaben der Verfassung eine Kandidatin oder einen Kandidaten für das Amt des Abgeordnetenhauspräsidenten vor. Deren oder dessen erste Amtsaufgabe ist es dann, die Wahl der VizepräsidentInnen und BeisitzerInnen zu leiten und durchzuführen.

Das Abgeordnetenhaus setzt sich gemäß der Verfassung aus mindestens 130 Mitgliedern zusammen, von denen 60 Prozent direkt in den Wahlkreisen (mit der Erststimme am 18. September) und 40 Prozent indirekt über Bezirks- bzw. Landeslisten gewählt werden. Hinzu kommen die Überhang- und Ausgleichsmandate, die notwendig werden können, damit die Zusammensetzung dem Ergebnis der Zweitstimmen entspricht.

Eine Fraktion kann gebildet werden, wenn die Zahl der Fraktionsmitglieder fünf Prozent der verfassungsmäßigen Mindestzahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses beträgt, also mindestens sieben Abgeordnete. Eine Vereinigung von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, die nicht Fraktionsstärke erreicht, kann nach der Geschäftsordnung bei der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen als Parlamentarische Gruppe tätig werden.

Die gewählten SPD-Abgeordneten kommen vor der Konstituierung des Parlaments in einer Fraktionssitzung zusammen, um den Fraktionsvorsitz zu bestimmen. **cs** □

Partei:

Krisenmanagement oder Politik?

Lars Rauchfuß und Frank Zimmermann über den rasanten Wandel des politischen Systems

Krisenmanagement oder Politik - unter dieser Überschrift analysieren die beiden Sozialdemokraten Lars Rauchfuß und Frank Zimmermann aus Tempelhof-Schöneberg die aktuelle Krise von Staat und Gesellschaft und ermutigen zum Handeln. Sie greifen dabei den Titel eines Essays von Jochen Steffen (1968-77 Mitglied des Parteivorstandes und der Grundwertekommission) auf, der unter dem Eindruck der ersten Ölkrise 1973 entstand. Darin formulierte er weitsichtig: „Dem drohenden Chaos in der Weltwirtschaft und zwischen den Staaten entspricht das drohende Chaos innerhalb der Staaten und Völker. Je weniger die Organisationen und die Menschen in ihnen sich auf konkrete Ziele ihres Handelns kurz- und langfristig zu einigen vermögen, umso mehr wird das äußere Chaos zum inneren Chaos.“

Die Flüchtlingsfrage offenbart die Widersprüche in Wirtschaft und Gesellschaft, die nach langjähriger Wahlenthaltung jetzt eine rechte Sammlungsbewegung hervorbringen. Trotz relativ niedriger Arbeitslosenquote und moderaten Wirtschaftswachstums driftet die Gesellschaft bedrohlich auseinander. Die Mittelschicht ist in zwanzig Jahren um fünf Millionen geschrumpft, 12 Millionen Menschen leben auf Hartz-IV-Niveau, die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung wächst dramatisch. Korrekturen durch Steuern sind marginal, fast die gesamte Umverteilung lastet auf den Sozialsystemen.

Seit der Hochphase der neoliberalen Doktrin des marktkonformen Staates schreitet der Prozess der Entfremdung von Staat und Gesellschaft voran. Das Vertrauen in den Staat ist nachhaltig gestört und droht weiter zu sinken. Durch mehrere, sich zum Teil bedingende krisenhafte Entwicklungen gerät nicht nur der demokratische Grundkonsens zunehmend unter Druck, auch die politischen und sozialen Bündnisstrukturen beginnen sich aufzulösen.

Ob es darüber zu einer grundlegenden Revision des Parteienspektrums kommt, hängt auch vom Agieren der SPD ab. Die Gruppe der Nichtwähler/innen ist nicht homogen. Viele haben Erwartungen an die Sozialdemokratie. Um wieder in die Vorhand zu kommen, muss die SPD ihr aktuelles Krisenmanagement einbetten in eine Debatte über die Ziel- und Zweckbestimmung ihrer Politik. Dazu muss sie aber



Frank Zimmermann, Jurist, ist seit 2001 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Foto: J. Gern

der Krise ins Auge sehen (I.) und Mut zu Konsequenzen (II.) aufbringen.

I. STAAT UND GESELLSCHAFT IN DER KRISE

Schwindende Identifikation mit dem Staat. Prägende, identitätsstiftende Erfahrungen der Gesellschaft in beiden deutschen Staaten bis 1990 - die Kriegsfolgen und ihre Bewältigung - sind verbraucht. Sie waren jahrzehntelang eine Klammer über die Parteien hinweg und entwickelten das allgemein befürwortete Selbstverständnis der Bundesrepublik: Integriert in internationale Gemeinschaften, orientiert an universalen Werten, beschränkt in ihrem nationalen Machtanspruch. Obwohl nach wie vor gültig, verblässen die Erzählungen der Kriegs- und Nachkriegsgeneration, wenn es um Konsensbildung und die Grundlinien der Politik geht. Es ist seitdem nicht gelungen, ein neues, gemeinsames Selbstverständnis der veränderten deutschen Gesellschaft zu entwickeln.

Die philosophischen, sozialwissenschaftlichen und kulturellen Beiträge zur Identitätsbildung entstanden ebenfalls aus der Faschismuserfahrung und dem Ringen um eine gefestigte plurale und soziale Demokratie. Von den Philosophen und Literaten der Nachkriegszeit über die Universitäten 1968 bis zu den sozial-liberalen Reformen und den Frauen- und Umweltbewegungen der siebziger Jahre - alle haben zur Demokratisierung und zur Identifikation mit der Bundesrepublik (auch in der DDR) maßgeblich beigetragen. Exakt gegen dieses modernisierte, demokratisierte Deutschland und



Lars Rauchfuß ist stellv. Vorsitzender der SPD Tempelhof-Schöneberg. Foto: privat

seine heutigen Repräsentanten richtet sich die schärfer werdende Polemik gegen „das Establishment“.

Seit der neoliberalen Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Mitte der achtziger Jahre haben Deregulierung und Rückbau des Staates dessen Handlungsfähigkeit weiter eingeschränkt. In den internationalen Krisen zeigt sich, dass der Staat als Steuerungsinstanz an Bedeutung verloren hat. Die Märkte regieren, aber die Regierungen müssen sich als erfolgreiche Krisenmanager ausgeben. Wenn dann auch noch die Krise der Finanzmärkte in eine Krise des Wohlfahrtsstaates umgedeutet wird, wächst die Abneigung gegen „die Eliten“ im Staat.

Schließlich: Demokratiezweifel und Demokratiemissachtung waren nie ganz überwunden. Wirtschaftlicher Erfolg und das Aufstiegsversprechen für alle - statt nur für einige - verhinderten lange, dass daraus eine relevante Größe wurde. Jetzt zeigt sich: Der Resonanzboden der Rechten ist die fortwirkende nationalistische, chauvinistische und ausländerfeindliche Tradition in der Mitte der Gesellschaft. Die mangelhafte Verarbeitung des Faschismus in der paternalistischen Adenauer-Ära wirkt nach.

Das verbindende Element dieser Gruppen ist ihre autoritäre Grundhaltung, geprägt durch Abwertung von Minderheiten, Hass auf das Fremde, Fixierung auf eine starke Führungspersönlichkeit und Angst um die eigenen Lebensumstände.

Diese neue autoritäre Dynamik drückt sich in fortwährenden Tiraden gegen „das System“ des repräsentativen, pluralistischen und ausgleichenden Verfassungsstaats aus. Ermutigt durch die WortführerInnen der neuen Rechten schließen sich

Fortsetzung Seite 11

„Das Vertrauen in den Staat ist nachhaltig gestört.“

Fortsetzung von Seite 8

ihnen auch jene an, die die Ideologie der Ungleichwertigkeit verinnerlicht, bisher aber nicht artikuliert haben.

Globalisierung und antimoderne Reaktion. Die Globalisierung verändert die Gesellschaft nachhaltig. Obwohl Deutschland davon profitiert, ja sogar in mancher Hinsicht ein Hauptakteur der Globalisierung ist (Chemische-, Auto-, Rüstungsindustrie, Deregulierung, Privatisierungsdruck), rufen die Folgen Verunsicherung hervor. Die globalen Krisen kommen ins Land. Außen ist innen. Die Finanzmarktkrise, unter der andere Länder noch weitaus mehr leiden, verursacht Milliardenkosten für die deutschen Steuerzahler. Aus den Krisenländern im Mittleren Osten und in Nordafrika flüchten Millionen nach Europa und Deutschland, das für ihre Aufnahme enorme personelle und finanzielle Leistungen erbringt. Und der IS-Terror, eine weitere Folge der Kriege in den arabischen Staaten, ruft auch in Deutschland Angst hervor.

Auf alle drei globalen Herausforderungen reagieren die Verunsicherten mit Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Erklärungsmuster. Ebenso wie in der ersten großen Globalisierungswelle Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts erstarken die reaktionären Kräfte. Die Gruppen, die durch die Entfaltungsdynamik globaler Krisen tatsächlich oder vermeintlich in die Klemme geraten, suchen Schutz in der Flucht nach rückwärts.

Die Vergangenheit, in der die Welt noch in Ordnung war, ist das Ziel des Aufbegehrens. Sie fordern Macht gegenüber den wirtschaftlichen, sozialen und intellektuellen Entwicklungen. Das zentrale Stigma ist der „Kontrollverlust“, der durch die Mobilisierung „des Volkes“, durch Ordnung und Stärke wieder wettgemacht werden soll.

Der Wunsch nach einfachen Antworten, die Identitätssuche durch Abgrenzung, die Sehnsucht nach Homogenität im Nationalstaat, das Verlangen nach Sicherheit durch starke Führung - all dies ist Ausdruck antimoderner Ressentiments, die erneut gegen „die Politik“ ins Feld geführt werden. Auch der Mechanismus der Schuldzuweisung ist uralte.

Der „Werterelativismus“ des politischen „Mainstreams“ sei gegen Volkswillen gerichtet. Die Politiker seien deshalb „schuld an meiner Unsicherheit“. Man müsse nur die Schuldigen austauschen, dann werde alles besser. Hinzu kommt die medial verstärkte Abwertung der politischen Entscheidungsträger, die „unfähig“ seien und nur ihre „Privilegien“ sichern wollen.

Genau diese in antidemokratischen Traditionen wurzelnde Geisteshaltung macht rechtspopulistische und rechtsextreme Par-



Aktionen gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit.
Foto: Thaker

teien unter dem Eindruck globaler Krisenfolgen zunehmend anschlussfähig. Die dafür empfänglichen autoritären Persönlichkeitsstrukturen beschränken sich nicht auf das nationalkonservative Bürgertum. Außerdem ist der Rechtspopulismus europaweit gerade bei Jugendlichen deutlich stärker geworden. Soziologen sprechen gar davon, dass diese Haltung Teil einer Jugendbewegung sei. Die Erosion der repräsentativen Demokratie hat begonnen.

„Die Erosion der repräsentativen Demokratie hat begonnen.“

Entfesselte Märkte und gesellschaftliche Spaltung.

Die feste Verankerung der neoliberalen Theorie seit Beginn der 1980er Jahre hat die Spaltung der Gesellschaft maßgeblich mitverursacht. Die Ungleichheit der Vermögensverteilung hat sich in den letzten 25 Jahren drastisch erhöht, und die Armutsquote steigt auch in Zeiten sinkender Arbeitslosigkeit.

Wachsende Kapitalerträge erzeugen wachsende Spannungen. Die Verlagerung von Einkommen weg von Arbeit hin zu Kapital und Finanzmarkt entzieht dem realen Wirtschaftskreislauf Geld und koppelt die Gruppe der Lohnempfänger von der Zunahme des Wohlstands ab. Platzt die Blase, ist es wiederum diese Gruppe, die unter der Umverteilung von unten nach oben durch steuerfinanzierte Rettungspakete zu leiden hat.

Die Finanzmarktkrise und das von Deutschland dominierte Agieren der Eurogruppe haben in dramatischer Weise veranschaulicht, wie das Krisenmanagement die Krise weiter verschärft. Die Spekulation auf den Bankrott von Staaten treibt die Zinsen für deren Refinanzierung nach oben und erzwingt nach der Austeritätslogik Einschnitte in die Sozialsysteme, Lohn- und Rentenkürzungen und den Abbau öffentlicher Leistungen.

Diesen sozialen Verwerfungen steht als zweite Säule des Krisenmanagements die Absicherung der Kapitalinteressen gegenüber. Ein Großteil der nach Griechenland oder Spanien geflossenen ESM-Gelder lan-

dete auf den englischen, deutschen oder Schweizer Konten der Kapitaleigner.

Zugleich hat sich der Staat durch seinen Treueschwur zum Ordoliberalismus einer Regelbindung unterworfen, die mit der Schuldenbremse inzwischen Verfassungsrang erlangt hat. Er zwingt sich damit, bei den gescheiterten Instrumenten von Austerität und Deregulierung zu bleiben und beraubt sich selbst seiner Interventionsmöglichkeiten. Die Ideologen der marktkonformen Demokratie zementieren die „Alternativlosigkeit“ ihrer Politik. Ohne Eingriffe im Interesse von Umverteilung und Ausgleich kann es jedoch keine nachhaltige Krisenbewältigung geben.

Durch das Aufkündigen der Gewissheit, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Sicherheit allen (wenn auch in unterschiedlich großem Maße) zugutekommen, wächst die Spaltung in Gewinner und Verlierer ökonomischer Dynamik. Die sinkende Einkommensmobilität führt dazu, dass sich auch jene, die wirtschaftlich nicht unter Druck sind, abwenden. Der Konkurrenzdruck der Wettbewerbsgesellschaft spaltet die Mitte der Gesellschaft, in der sich „die Besorgten, Übergangenen und Verbitterten in einer rebellischen Grundstimmung zusammenfinden“ (Heinz Bude).

Die wachsende Ungleichheit fordert die Politik in Deutschland viel stärker heraus als in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Der bedrohte soziale Zusammenhalt wird zum Demokratieproblem. Wenn Wohlhabende und Geringverdiener immer unterschiedlichere Leben führen, geht das Bewusstsein einer gemeinsam gelebten Erfahrung verloren, und der für die Demokratie unverzichtbare Gemeinsinn wird ausgehöhlt.

Mediendemokratie und der Wandel der Öffentlichkeit. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit schreitet voran. Seit Habermas vor der Vermachtung der Öffentlichkeit warnte, hat sich der Trend von kritischer Publikation zu manipulativer Werbung weiter verstärkt. Der Raum für politische Diskussion und Verständigung auf gemeinsame Ziele wird enger, die Inszenierung von Öffentlichkeit in Form von Public Relations greift um sich.

Der gemeinsame Orientierungsrahmen schwindet, die mediale Öffentlichkeit ist fragmentiert. Die Zeiten des „Deutschen Fernsehens“, als noch jeder dritte Zuschauer den Tagesschausprecher für den Regierungssprecher hielt, sind graue Vergangenheit. Junge Erwachsene verabschieden sich mehr und mehr von der linearen Massenkommunikation. Die Botschaft des Mediums Fernsehen - alle sehen zu Hause das gleiche glaubwürdige Abbild der Wirklichkeit - verfängt immer weniger.

Das Internet macht zwar aus bloßen

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Empfängern von Massenmedien aktive Teilnehmer. Informationen und Meinungen lassen sich leichter und schneller austauschen, die Interaktivität stellt Öffentlichkeit her, der Zugang ist grundsätzlich für alle gleich. Ob damit aber die demokratische Öffentlichkeit gestärkt wird, muss bezweifelt werden. Vielmehr zeigen sich einschneidende, mit dem Internet verbundene Transformationen: Die Digitalisierung des Kapitalismus und des Totalitarismus.

Die politische Öffentlichkeit wird zunehmend von internationalen Konzernen beeinflusst. Das Geschäftsmodell der sogenannten sozialen Medien basiert auf Erlangung von Daten der Nutzer/innen, um sie zu Werbezwecken zu verwenden. Die von Börsenunternehmen hergestellte Öffentlichkeit dient der Verwertung des Kommunikationsverhaltens der Menschen nach ihren Geschäftsinteressen. Doch das ist erst der Anfang. „Google-Home“ und „Google-Assistent“ werden die neuen Lebensassistenten, die mithören, was zu Hause gesprochen wird, die Bedürfnisse des Einzelnen erforschen und diese Daten mit den passenden Produktanbietern und Dienstleistern verknüpfen.

Es droht die Aufhebung der Grenzen zwischen öffentlich und privat. Während der Staat die informationelle Selbstbestimmung zu schützen hat, entstehen bei milliardenschweren Unternehmen lukrative Persönlichkeitsprofile. Das Verschwinden der Privatsphäre macht das Individuum schutzlos gegenüber dem totalen Zugriff der Großkonzerne. In dieser „Totalisierungsfall“ (Harald Welzer) ist der Einzelne „das erste besetzte Gebiet“ (Günther Anders).

Gleichzeitig erwacht dem Journalismus der seriösen Medien ein mächtiger Gegner. Glaubwürdigkeit wird zunehmend durch peer review statt durch Recherche und Berichterstattung erzeugt. Die Eiferer gegen die „Lügenpresse“ beziehen ihre Wahrheiten aus Stammtischgemeinden, die durch das Internet eine ungeahnte Publizität erlangen und Orientierung durch gegenseitige Bestätigung ihres geschlossenen Weltbildes geben.

Nicht nur Rechtsradikale, auch bloß autoritär-illiberale Persönlichkeiten fühlen sich durch die Anonymität und Pseudonymität des Netzes von gesellschaftlichen Normen entbunden, die in ihren persönlichen Kontakten gelten. Das Internet legt nur offen, was an Faktenarmut, schnellen Urteilen, sofortiger Affektabfuhr, rabiater Zurechtweisung, Anfeindungen, Bedrohungen bis hin zu Psychosen des Hasses in der Gesellschaft weit verbreitet ist.

Um zwischen den kapitalistischen Verwertungsinteressen einerseits und der autoritären Unkultur andererseits einen Freiraum für einen rationalen politischen Dis-

kurs zu erhalten, müssen wir die gewandelte Struktur der Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen und uns mit ihren Wirkungen auseinandersetzen.

Krise der Europäischen Integration: Jeder gegen jeden. Seit Beginn der Finanzmarktkrise verliert die europäische Integration an Kraft. Nationale Interessen dominieren die europäische Politik. Ohne Interessenausgleich verschärfen sich die Gegensätze. Die Phase der Desintegration der EU und ganz Europas geht einher mit nationaler Abgrenzung und Krisenbewältigung auf Kosten anderer.

Aus kurzfristigem Eigeninteresse verweigert Deutschland die nötige Korrektur der europäischen Sparpolitik. Deutschland entschuldet sich durch Niedrigzinsen, während der Süden um neue Kredite betteln muss. Die Mittelmeerländer bezahlen das Krisenmanagement des Nordens mit staatlichem Ausverkauf und wirtschaftlichem Niedergang. Die Spaltung zwischen dem verarmten Süden und dem reichen Norden wird tiefer, weil keiner sich dem innenpolitisch motivierten Spardiktat des deutschen Finanzministers widersetzt.

Die Attraktivität der Brexit-Kampagne hatte viel damit zu tun, dass die Briten am allerwenigsten bereit sind, ein von Deutschland dominiertes Europa zu akzeptieren. Sie ist aber auch Ausdruck einer tiefgreifenden Krise der europäischen Integration. Unter dem Druck internationaler Großkonflikte und anhaltender Migration wächst nicht etwa die Einsicht, besser zu kooperieren. Der nationale Alleingang erscheint vielen als Rettung und als Wiedererlangung der Kontrolle gegenüber einer unübersichtlichen EU, nicht nur in England. Die Nationalisten wittern ihre Chance: Jeder gegen jeden statt gemeinsame Regeln. Erneut droht die Demontage des Völkerrechts durch reaktionäre Kräfte in Europa.

Der Ost-West-Konflikt nimmt immer mehr Züge eines neuen Kalten Krieges an. Seit Jahren wettet die NATO unter den Hardlinern Rasmussen und Stoltenberg gegen die „russische Aggression“, um ihre Aufrüstung in Osteuropa zu rechtfertigen. Mit Luftwaffenbasen, Raketenabwehr und demonstrativen Manövern rückt der Westen immer näher an Russland heran. Russland antwortet mit Machtdemonstrationen. Die Militärs, aber auch Verteidigungspolitiker nehmen das gegenseitige Hochschaukeln mindestens billigend in Kauf. Nicht nur die Ukraine-Krise, von EU und NATO mitverursacht, zeigt tiefgreifende Ressentiments und eine strategische Ignoranz gegenüber russischen Interessen. Das Militärbündnis expandiert. Gerade hat Montenegro die Zusage als 29. NATO-Mitglied erhalten. Auch die Planungen zum Beitritt von Georgien, Aserbeidschan und der Ukraine destabilisieren die Region. Die

NATO-Expansion und die östliche Nachbarschaftspolitik der EU gefährden das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit in Europa.

Auch und gerade in Deutschland wird altes nationales Imponiergehabe wiederbelebt. Ohne nennenswerte öffentliche Debatte hat die Verteidigungsministerin die neue Leitlinie der Interventionsmacht Deutschland ausgegeben: Wer militärisch stark ist, hat Weltverantwortung. Wer Weltverantwortung hat, muss militärisch stark sein. Dem Zirkelschluss folgt die wirtschaftliche Begründung: Die deutsche Rüstungsindustrie ist so leistungsfähig, dass sie mit der Produktion für die Bundeswehr allein nicht ausgelastet ist. Zurzeit entwickelt sich die Branche prächtig. Der Rüstungsexport hat sich nach dem jüngsten Bericht der Bundesregierung gerade verdoppelt.

Parallel dazu verlieren die Institutionen der Kooperation und des Dialogs an Bedeutung. Weder das Kooperationsabkommen EU-Russland von 1997 noch der NATO-Russland-Rat noch die OSZE funktionieren als Instrumente der Krisenbewältigung. Sie dienen lediglich der Beschwichtigung, indem darauf hingewiesen wird, dass es sie noch gibt - ein Alibi für die gefährlichen Machtspiele der Militärs.

II. MUT ZU KONSEQUENZEN

Die SPD muss die Herausforderungen selbstbewusst annehmen. Sie kann mit Ideen und Perspektiven die Hirne der Menschen bewegen, wenn sie ihre eigene Haltung zu den Krisenentwicklungen klärt. Die Flüchtlingsfrage und die Krise der EU müssen genutzt werden, um die skandalöse Ungleichheit und die gefährliche Desintegration zu thematisieren. Dazu brauchen wir die Schärfung des Profils als die soziale Instanz, auf die Verlass ist. Und wir brauchen den Mut, Debatten anzustoßen und zu bestimmen, um aus dem Modus der bloßen Stimmungsintervention heraus zu kommen.

Solidarprojekt und Präsenz des Staates.

Die ökonomische und soziale Spaltung der Gesellschaft ist nicht mehr mit geringfügigen Korrekturen zu befrieden. Das Krisenmanagement, von dem die Kapitalanleger mehr profitieren als alle anderen, muss abgelöst werden durch ein langfristig angelegtes Solidarprojekt, das die Teilhabe aller am technologischen Fortschritt und am wirtschaftlichen Erfolg sichert.

Die Verzichtserformen und die Anpassung der Sozialsysteme an die Marktlogik müssen der Vergangenheit angehören. Ihre Wirkung muss schrittweise korrigiert werden. Sigmar Gabriels Solidarprojekt muss der Startschuss sein für eine Neudefinition von Sozialreformen - nämlich solchen, von denen die Leute statt mehr „Eigenverant-

Fortsetzung von Seite 10

wortung“ tatsächlich etwas haben.

Die zur Bankenrettung aufgebracht Milliarden machen klar, dass Deutschland in der Lage ist, durch Anhebung der Grundversicherungsleistungen alle am Wohlstand zu beteiligen. Eine deutliche Anhebung der Hartz-IV-Sätze und des Kindergeldes - für viele Familien und Alleinerziehende überlebenswichtig - ist überfällig.

Eine sozialstaatliche Antwort auf die Globalisierungsrisiken verlangt jedoch weit mehr als Sozialleistungen. Sie verlangt überall dort eine stärkere Präsenz des Staates, wo der Markt versagt.

Das Solidarprojekt hat nur dann das Potential zu einem New Deal, wenn es Lohnempfänger/innen dauerhaft am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt und die öffentliche Infrastruktur für alle stärkt. Das geht jedoch nicht mit versteckter Kreditaufnahme durch Public-Private-Partnership, sondern nur durch nachhaltige staatliche Investitionen und aktive staatliche Intervention.

Die öffentliche Daseinsvorsorge durch staatseigene oder kommunale Unternehmen bei Wohnungsbau, Energieversorgung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen und Verkehr muss systematisch ausgebaut werden. Neben den Ländern ist auch hier der Bund gefordert. Es ist Zeit für den Wiedereinstieg des Bundes in den Sozialen Wohnungsbau. Ziel für Bund und Länder in diesem Gemeinschaftsprojekt muss es sein, binnen fünf Jahren alle fehlenden Mietwohnungen gebaut oder mindestens mit dem Bau begonnen zu haben. Auch bei der Wasser-, Energie- und Gesundheitsversorgung müssen die Gemeinwohlinteressen durch öffentliche Unternehmen durchgesetzt werden.

Das Marktversagen im Finanzsektor fordert nicht nur die Reregulierung des Bankensystems und der Finanzholdings heraus, etwa durch die Steuerpflicht am Ort der Wertschöpfung. Es verlangt auch, Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung und illegale Finanzströme strafrechtlich konsequenter zu bekämpfen. Eine Managerhaftung für pflichtwidrige Transaktionen ist ebenso einzuführen wie die Beweislastumkehr bei Anfangsverdacht auf kriminell erlangtes Vermögen.

Die verloren gegangene Deutungshoheit einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftspolitik offenbart sich in der Marktideologie der herrschenden Volkswirtschaftslehre. Der Sachverständigenrat lag mit seinen Warnungen vor dem Mindestlohn ebenso falsch wie mit nahezu allen seinen Konjunkturprognosen. Statt Modellrechnungen auf Grundlage zweifelhafter Annahmen braucht es die Hinwendung zu normativer Betrachtung, die, ausgehend von einem demokratischen Konsens über die Ziele, diese effizient zu erreichen sucht.



Die SPD soll für Verteilungsgerechtigkeit sorgen.

Foto: Thaker

Dazu gehört eine Steuerpolitik, die die Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte beseitigt, einen Teil der Umverteilungslast von den Sozialsystemen nimmt und Steuergerechtigkeit herstellt. Die Privilegierung von Kapitaleinkommen gegenüber den Arbeitseinkommen durch die Abgeltungssteuer ist nicht zu rechtfertigen und muss beendet werden. Und selbstverständlich ist das Gemeinwesen aus ökonomischen und sozialen Gründen auf eine Besteuerung der ständig wachsenden Millionen- und Milliardenvermögen angewiesen.

Soziale Neuausrichtung der EU. Spätestens seit dem Brexit ist ein politischer Richtungswechsel in der EU unausweichlich geworden. Dabei bedürfen institutionelle Fragen, das künftige Verhältnis zwischen Mitgliedstaaten und EU sowie das Modell der abgestuften Integration einer längeren Diskussion. Klar ist aber, dass das von Deutschland und einigen anderen Mitgliedstaaten geprägte wirtschafts- und währungspolitische Programm der EU/ Eurozone revidiert werden muss. Das für Europa „verlorene Jahrzehnt“ (Joseph Stiglitz) ist geprägt von wachsenden Gegensätzen zwischen Nord und Süd, der Umverteilung von unten nach oben und der Entfremdung der Institutionen von den Menschen. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien brauchen ein gemeinsames Konzept für eine soziale Erneuerung der EU.

Dafür braucht die EU keine Zuständigkeit für Sozialpolitik. Sie muss ihr unsoziales Krisenmanagement aufgeben, und die Mitgliedstaaten müssen im Europäischen Rat ihre Finanzpolitik neu ausrichten. Hier liegt der Ansatz für das Umsteuern im Interesse der europäischen Solidarität. Statt mit Haushaltskürzungen und staatlichem Ausverkauf die Armut und Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa zu fördern, brauchen diese Länder Entlastung und eine wirtschaftliche Perspektive. Ohne Schuldenerlass und ohne eine Bankenunion mit gemeinsamer Haftung der Eurogruppe laden die Finanzminister den Menschen nur immer weitere Lasten auf.

Unsozial wirkt auch der permanente Steuersenkungswettbewerb in Europa, für den

die EU-Kommission nicht verantwortlich ist. Auch hier liegt der Schlüssel bei den Mitgliedstaaten, wenn es darum geht, die Unternehmenssteuern endlich zu harmonisieren oder die längst überfällige Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Das Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit durch Niedriglöhne - lange Zeit besonders von Deutschland genutzt - kann ebenfalls nur durch die nationalen Regierungen gestoppt werden. Wenn die Bedrohung etwa der französischen Landwirte durch Billigimporte aus Deutschland aufhören soll, sind weitere Maßnahmen gegen Lohndumping in Deutschland erforderlich.

Zwingend ist eine klare Haltung der SPD zu TTIP. Arbeitnehmerrechte, Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards sind nicht verhandelbar. Auf deren Absenkung beruht jedoch gerade das Wachstumsversprechen durch TTIP. Standards bewahren und Wachstum durch TTIP - beides zusammen geht nicht. TTIP soll Zölle beseitigen, mehr nicht.

Entspannung und äußere Sicherheit als Kernkompetenz der SPD. Der gegenwärtige Ost-West-Konflikt hat die „militärisch gefährlichste Lage seit Ende des Kalten Krieges“ (Wolfgang Ischinger) herbeigeführt. Sicherheitsexperten halten das Eskalationsrisiko für unerträglich hoch und verlangen eine Rückkehr zu kooperativer Politik. Frank-Walter Steinmeiers Warnung vor dem Säbelrasseln unterstreicht das Ziel, das gegenseitige Aufschaukeln zu stoppen und die Konfrontation abzubauen.

Gemeinsame Sicherheit in Europa durch Vertrauensbildung und Zusammenarbeit ist eine Kernkompetenz der SPD, auf die viele Menschen setzen. Sie muss deutlicher als bisher der einseitigen Abschreckungslogik den Vorrang der Diplomatie und den Interessenausgleich entgegensetzen. Die unbremste Ausdehnung der NATO mit ihren Erweiterungsfantasien in Richtung Moldawien, Ukraine, Georgien und Aserbaidschan widerspricht dem Prinzip der gemeinsamen europäischen Sicherheit, die ohne Russland nicht denkbar ist.

Parallel dazu ist eine SPD-Position zur Revision der östlichen Nachbarschaftspolitik der EU überfällig. Auch sie setzt bisher einseitig auf Machterweiterung zu Lasten Russlands und seiner Interessen in dieser Region. Die schwelende Ukraine-Krise, die ohne Russland nicht zu lösen ist, beweist die destabilisierende Wirkung der EU-Assoziierungspolitik im Osten. Statt die Wirtschaft am Schwarzen Meer und im Kaukasus an sich zu binden, sollte die EU lieber dem sträflich vernachlässigten West-Balkan eine wirtschaftliche Perspektive geben. Den Nachfolgestaaten Jugoslawiens wurde bereits 2003 offiziell der Beitritt in Aussicht gestellt.

Lars Rauchfuß/ Frank Zimmermann □

Geschichte:

Vom Entstehen der Arbeiterklasse

Der Sozialhistoriker Jürgen Kocka beschreibt Anfänge und Veränderungen

Vor 150 Jahren zogen junge erwerbslose Arbeiter protestierend vor das Berliner Rathaus. In der preußischen Hauptstadt waren 1866 gut 10 000 Arbeiter erwerbslos, denn eine Wirtschaftskrise sowie der Krieg gegen Österreich hatte Berlins Arbeiterklasse hart getroffen. Die Arbeiterschaft war in der Stadt die am schnellsten gewachsene Bevölkerungsgruppe seit Beginn der Industrialisierung. Der Aufbruch zur Industrialisierung in Berlin lässt sich wahrscheinlich auf die dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts fixieren, als die Zahl der Textildruckmanufakturen sank und die Zahl der Maschinenbaufabriken sich rasch vergrößerte. Signifikant ist „Feuerland“, Borsigs Eisengießerei und Maschinbaufabrik vor dem Oranienburger Tor mit mehreren hundert Arbeitern nach 1840. Eine neue soziale Klasse entsteht.

Das Leben der Arbeiter und die Arbeiterbewegung prägten die Sozialgeschichte in Deutschland. Den maßgeblichen Entstehungsprozess der Arbeiterklasse während der Jahrzehnte zur Mitte des 19. Jahrhunderts hat der Berliner Sozialhistoriker Jürgen Kocka in einer farbigen und prägnanten Analyse beschrieben. Er zeichnet ein sehr differenziertes Bild der arbeitenden Menschen in Landwirtschaft, Handwerk und in Heimarbeit bis zum Übergang zur Lohnarbeit in Fabriken.

Den Zeitraum zwischen 1845 und 1875 hat er mit Bedacht gewählt, denn hier beginnt in Deutschland der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Es ist zugleich der Übergang von differenzierten, vor allem spärlichen Einkommensarten zur Lohnarbeit. Bevölkerungswachstum und eine ausufernde kapitalistische Marktwirtschaft hatte ab Beginn des 19. Jahrhunderts

Arbeiter- Jürgen Kocka leben und Arbeiterkultur



Jürgen Kocka: *Arbeiterleben und Arbeiterkultur, Die Entstehung einer sozialen Klasse*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn, 2015, 510 Seiten, 68 Euro, ISBN 978-3-8012-5040-9

die Unterschichten (landwirtschaftliches Gesinde, Tagelöhner, Heimarbeiter) merklich vergrößert, und auskömmliche Lebensverhältnisse waren ihnen fremd. Die Armut breitete sich aus. Insofern war Arbeit in Fabriken ein Weg für viele aus absoluter Armut. Mit der Lohnarbeit begann sich der Lebensstandard der Arbeiter in kleinen Schritten zu bessern, so Kocka. Aber das Armutsrisiko blieb für sie immer greifbar nahe, sei es durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter.

Aber die Arbeiterklassenbildung ergab

sich nicht allein aus der mit dem Industriekapitalismus verbundenen Lohnarbeit, betont er und beschreibt die Veränderung der Lebensbedingungen, die Trennung von Arbeit und Wohnen, die Gründung von Familien, den Zwang zu Mobilität, gar zur Migration. Kocka resümiert: „Diese innere Vielfalt und Komplexität der Arbeiterschaft standen der Arbeiterklassenbildung nicht im Weg, ganz im Gegenteil: Viele Arbeiter und Arbeiterinnen gehörten im Laufe ihres Lebens hintereinander unterschiedlichen Abteilungen der entstehenden Arbeiterklasse mit unterschiedlichen Erfahrungen an.“

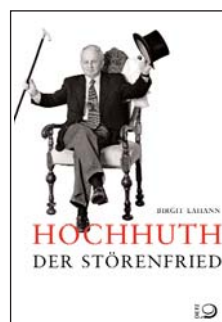
Abschließend führt Jürgen Kocka seine Beschreibung zum politisch engagierten und organisierten Arbeiter. Handwerker wie Fabrikarbeiter traten in wachsendem Ausmaße als handelnde Subjekte auf, beteiligten sich an vielen Bewegungen für liberalere Verfassungen und Gesetze, verbündeten sich in Bildungsvereinen. Staatliche Repression erleichterte die Erkenntnis eines gleichen Schicksals. Kocka: „Die Revolution von 1848/49 bedeutete für die Arbeiterschaft einen Politisierungsschub sondergleichen.“ Noch lange blieb die Arbeiterklasse ohne Einfluss auf ihre Lebensverhältnisse in der Stadt. Kocka folgert: „Erst nach 1890 sollte sich das ein wenig ändern, als es vor allem sozialdemokratisch organisierten Arbeitern und ihren Vertretern gelang, in der städtischen Politik Fuß zu fassen und Einfluss zu gewinnen.“

Mit seiner Beschreibung über die Entstehungsgeschichte der Arbeiterklasse hat der Berliner Sozialhistoriker einen verdienstvollen Beitrag zur Sozialgeschichte geleistet. Sie besticht durch Detailreichtum, ist frei von ideologisch verfestigten Interpretationen. Man möchte gern dieses Buch als Standardwerk zur deutschen Arbeitergeschichte klassifizieren. **Gunter Lange** □

Eine Biographie über einen Störenfried

Zum 85. Geburtstag des Dramatikers Rolf Hochhuth am 1. April hat Birgit Lahann eine Biographie über den Schriftsteller und Dramatiker vorgelegt: „Hochhuth - Der Störenfried“.

„Hochhuth war und ist ein Unikum“, so Martin Walser über die Annäherung Lahanns an den Autor. „Das ganz genau ist er. Er wird nie in eine Schublade passen. Und dass dieses prinzipiell verquere Unikum schlicht liebenswürdig wird, das liegt an Birgit Lahann, die als scharfe Jägerin das Unikum in all seiner Lebendigkeit voll aufs Papier bringt.“



Birgit Lahann, *Hochhuth - Der Störenfried, mit Fotografien von Karin Rocholl*, 384 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 29,90 Euro, ISBN 978-3-8012-0470-9

Hochhuth als Gerechtigkeitsfanatiker: Im „Stellvertreter“ hatte er Papst Pius XII.

für sein Schweigen bei den Judendeportationen während der Nazi-Zeit angegriffen, mit „Eine Liebe in Deutschland“ zwang er den ehemaligen NS-Marine-Richter und späteren CDU-Ministerpräsidenten Hans Filbinger zum Rücktritt. Hochhuth sah sich selbst auch immer wieder Angriffen ausgesetzt. Ludwig Erhard bezeichnete ihn als Pinscher, Franz Josef Strauß beschimpfte ihn als Ratte und Schmeißfliege. Birgit Lahann hat daraus die lesbare und lesenswerte Geschichte eines manischen Kämpfers gemacht und ein Stück deutscher Zeitgeschichte beschrieben. **BS** □

Zeitzeugnisse:

Die KPD antwortet nicht

1932: Franz Künstlers Fragen zur Einheitsfront

In unregelmäßigen Abständen möchten wir in der Berliner Stimme Rückblicke in unsere Geschichte mit Originaltexten aus den damaligen Publikationen unserer Partei geben.

Für die erste Folge hat Heiner Wörmann, Vorsitzender der Historischen Kommission der Berliner SPD, einen Artikel von Franz Künstler ausgewählt, dem damaligen Vorsitzenden der Berliner SPD, erschienen im Parteiblatt „Unser Weg“ zum zwiespältigen Verhalten der KPD während des Reichstagswahlkampfes im Juli 1932. Wenige Tage später am 20. Juli 1932 kam es zum Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Regierung von Otto Braun und Carl Severing in Preußen. Bei der Reichstagswahl am 31. Juli verlor die SPD 2,9%, die KPD legte mit 1,2% leicht zu, die NSDAP überflügelte die demokratischen Parteien mit einem Zuwachs von 19%.

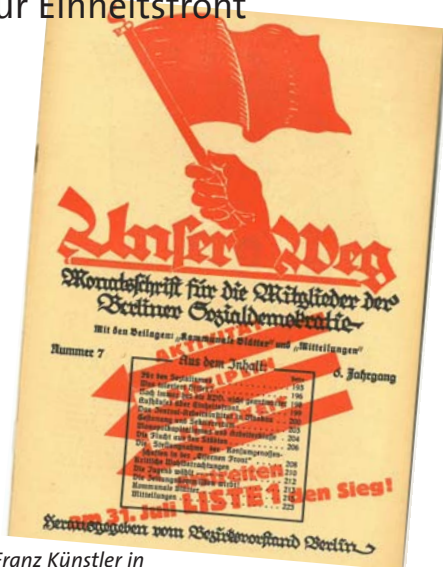
NOCH IMMER HAT DIE KPD
NICHT GEANTWORTET

Die Einheitsfront ist für uns kein Handlungsobjekt. Die KPD hat nach jeder Niederlage die Empörung ihrer Anhänger zu beschwichtigen versucht mit einer Diskussion über die Frage: Einigung des Proletariats. Wäre die Lage des Proletariats nicht so bitter ernst, geradezu lächerlich mutete die Geschäftigkeit von Personen an, welche jetzt in Einheitsfront machen, die bisher beruflich sich darin betätigten, die Arbeiter zu spalten und untereinander zu verhetzen.

Um diese ‚Einheitsapostel‘ zu einer Stellungnahme zu zwingen, habe ich in einer Belegschaftsversammlung der AEG Ackerstraße am 14. Juni und in der großen öffentlichen Kundgebung der Sozialdemokratie in der ‚Neuen Welt‘ am 15. Juni von dem Zentralkomitee der KPD eine eindeutige und klare Stellungnahme verlangt.

Zwei Fragen an die KPD. Ich führte u.a. aus: In einem kommunistischen Flugblatt steht geschrieben: ‚Die Vorgänge im (Preußischen) Landtag und in Frankfurt a. d. Oder, wo die Nazihorden die Gewerkschaftsgebäude demolierten und sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter niederschlugen, sind für uns eine Warnung.‘

Wenn dem so ist, warum dann Einheitsfront in der Amnestiefrage von Nazis und KPD? Die KPD schützt nicht nur Rohlinge aus dem Nazilager, sondern bewahrt sie auch vor dem Zugriff des Staatsanwaltes. Ich will den kommunistischen Einheitsfrontaposteln des ZK die Frage stellen:



Franz Künstler in der Monatsschrift „Unser Weg“ Juli 1932

1. Sind die kommunistischen Führer bereit, um den Faschismus, diesen Todfeind der Arbeiterklasse, zu schlagen, während des Reichstagswahlkampfes sich dafür einzusetzen, einem Burgfrieden zwischen SPD und KPD zuzustimmen? Das heißt, alle Angriffe sind zu drosseln, ja, sollen bis zum 31. Juli unterbleiben.

2. Reden, wie die des Abg. Koenen im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung, gespickt mit Angriffen gegen die SPD, dürfen während des Reichstagswahlkampfes von keinem kommunistischen Redner wiederholt werden.

Wer wirklich die Einheitsfront will, der kann diesen Vorschlägen ohne alle Umschweife restlos zustimmen. Die Antwort erfordert eine klares Ja oder Nein. Die Einheitsfrontpropaganda als Manöverzwecke zu gebrauchen, um die SPD und die freien Gewerkschaften durch nutzlose Diskussionen zu lähmen und die Absicht, die sozialistischen Organisationen von innen aufzureißen, finden schärfsten Widerstand bei allen Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften. Die ‚Rote Fahne‘ hat ihren Lesern diese Fragen vorenthalten.

Die Kampfleitung Berlin der Eisernen Front schrieb am 17. Juni (1932) an die Bezirksleitung der KPD den folgenden Brief: Sie haben an alle Organisationen der Eisernen Front (Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund - AfA-Bund - Reichsbanner) unter dem 16. Juni 1932 ein gleichlautendes Schreiben gerichtet, auf das wir Ihnen hiermit im Auftrage aller Empfänger Ihres Schreibens folgendes antworten:

Die in der Eisernen Front vereinigten Organisationen stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass eine Einigung des

Proletariats mehr denn je notwendig ist. Die faschistische Gefahr erfordert diese Einigkeit. Dieser faschistischen Gefahr kann aber nur begegnet werden, wenn ein ehrlich gemeinter Einheitswille vorhanden ist. In dem Führerappell der Eisernen Front am 9. Juni d. J. haben unsere Genossen Franz Künstler und (Siegfried) Aufhäuser auf die Möglichkeiten für alle proletarischen Organisationen hingewiesen, den Einheitskampf gegen den Faschismus zu führen. Als Voraussetzung sehen wir an, dass die Angriffe der Kommunistischen Partei gegen unsere Organisationen und ihre Führer eingestellt werden.

Sie beziehen sich in Ihrem Schreiben vom 16. Juni (1932) auf den am gleichen Tag in der ‚Roten Fahne‘ veröffentlichten Aufruf. Dieser Aufruf enthält im Gegensatz zu Ihrem Einheitsfrontangebot eine große Häufung unberechtigter und verletzendender Angriffe gegen unsere Organisationen, ihre Funktionäre und Führer. Angriffe, die einen ehrlichen Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus nicht erkennen lassen.

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, dass das Demonstrationsverbot aufgehoben werden muss. Unsere dahingehenden Forderungen haben wir bei den verantwortlichen Stellen bereits unterm 15. Juni d. J. erhoben.

Ihre seit Jahren betriebenen Versuche zur Zersetzung und Zerreißen der starken Arbeiterorganisationen, Ihr Zusammengehen mit den Faschisten in und außerhalb der Parlamente, Ihre Versuche zur Zersetzung der freien Gewerkschaften durch die RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), Ihre Parole: ‚Severing gleich Hitler‘ und ‚die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind‘ haben bisher den notwendigen Einheitskampf gegen den Faschismus unmöglich gemacht.

Die Eisernen Front sieht keine Hinderungsgründe für ein einheitliches Vorgehen, wenn Sie die im vorstehenden Schreiben gewünschten Voraussetzungen ehrlich geschaffen haben.

Auch dieser Brief wurde wie die vorstehenden beiden Fragen in der ‚Roten Fahne‘ nicht veröffentlicht.

Wer wirklich die Einheitsfront ehrlich herbeiführen will, der kann ohne Wenn und Aber dahin seinen Einfluss ausüben, dass in dem schweren Kampf gegen den Faschismus zunächst die Angriffe der Kommunisten auf Sozialdemokraten unterbleiben. Selbstverständlich auch umgekehrt.

Wer jetzt kein schnelles und deutliches Ja ausspricht als Antwort auf an sich selbstverständliche Fragen, der will nach wie vor die Einheitsfrontdiskussion nur als ein parteipolitisches Manöver benutzen.

Wehe den ‚Führern‘, die Einheitsfront predigen und Hass unter Klassengenossen säen. □

Jahrestag:

Gemeinsam etwas verändern

Vor 70 Jahren: Der Wiederaufbau der Falken begann

Vor 70 Jahren, vom 26.-28.08.1946, tagte in Nürnberg die Jugendkonferenz der SPD. Dort wurde beschlossen, die Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken als unabhängigen Jugendverband wieder aufzubauen. Damit knüpften die Delegierten der Konferenz an die Tradition der Selbstorganisation von Arbeiterkindern und -jugendlichen in der Weimarer Republik an. Auch heute noch steht die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen im Zentrum der Falkenarbeit.

Bereits 1904 wurden die ersten Arbeiterjugendvereine gegründet, die sich 1922 zur Sozialistischen Arbeiterjugend zusammenschlossen und sich als Selbstorganisation von jungen Arbeiter*innen verstanden. 1923 wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde gegründet, die in der Weimarer Republik mit ihren Kinderrepubliken einen der Grundpfeiler der Falkenarbeit bis heute legte. Beide Organisationen wurden nach der Machtübernahme der NSDAP verboten, viele ihrer Mitglieder kämpften im Widerstand oder im Exil wei-



Postkarte „Arbeiter-Jugend! - Wissen ist Macht!“, um 1905.

Foto: Archiv der sozialen Demokratie/FES

ter für ihre Ziele, wurden verhaftet, gefoltert oder ermordet.

Nach dem Ende des Faschismus waren Erziehung zu Demokratie und Selbstorganisation, Antifaschismus, Internationalismus und sozialistische Erziehung, wichtiger denn je und sie prägen bis heute die Arbeit der Organisation. Die Ursachen für die Arbeit der Falken heute sind dieselben, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Gründung der Arbeiter*innenjugend-Organisationen geführt haben: Junge Menschen

wollen die kapitalistischen Verhältnisse nicht einfach hinnehmen und sind davon überzeugt, gemeinsam Gesellschaft verändern zu können - ob die miserable Ausbildungssituation, in der sie selber stecken, oder die massiven sozialen Ungleichheiten in der Welt.

Mit ihren Gedenkstättenfahrten haben die Berliner Falken lange Jahre in der Tradition Harry Ristocks dafür gesorgt, dass der Nazi-Terror nicht vergessen wurde und Verständigung über Grenzen hinweg erfolgte. „Ich bin stolz, Teil einer Bewegung mit einer langen antifaschistischen Tradition zu sein“, sagt Immanuel Benz, Bundesvorsitzender der SJD - Die Falken. „Zum 70. Jahrestag der Wiedergründung unseres Verbandes gedenken wir unserer Genossinnen und Genossen, die trotz Widerstand und Verfolgung gegen Faschismus und Nationalismus kämpften.“

Josephin Tischner, Bundesvorsitzende der Falken: „Es ist eine große Verantwortung, eine Organisation mit einer so langen und bewegten Geschichte zu leiten. Wir knüpfen in unserer politischen und pädagogischen Arbeit an Konzepte an, die bis heute wenig von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Wir hinterfragen und aktualisieren diese Konzepte stetig und passen sie den aktuellen Verhältnissen an.“ **PM /BS □**

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

T ERMIN E

- 20.08.2016 10:00 - 12:00, **Susanne Kit-schun - MdA Friedrichshain, Mobile Sprechstunde** vor Kaiser's, Landsberger Allee 68D, 10249 Berlin
- 20.08.2016 14:00, ASF Pankow, Pankow Power: **Infostand in Buch mit „Rotem Eis“**, vor Kaufland, Wiltbergstraße Ecke Bucher Straße, 13125 Berlin
- 20.08.2016 19:00 - 21:00, Dilek Kolat, MdA Friedenau, **Kolat hört zu**, Café - Winebar Amarcord, Handjerystr. 55, 12161 Berlin
- 20.08.2016 11:30 - 12:30, Clara West, MdA Pankow, **Infostand Antonplatz**, 13086 Berlin
- 21.08.2016 11:00, Burgunde Grosse, MdA, **Frühschoppen in die Gartenstadt Staaken mit Burgunde Grosse und Helmut Kleebank**, Unterstützungsverein Gartenstadt Staaken e.V., Am Heideberg 15, 13591 Berlin
- 21.08.2016 15:00 - 18:00, SPD Mitte, **Kinderfest rund um die Plansche im Schillerpark**, mit Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA Wedding, Schillerpark, Dubliner Ecke Edinburger Straße, 13349 Berlin
- 22.08.2016 17:00 - 18:00, SPD Treptow-Köpenick, **Integration und Arbeit in Berlin**, Diskussionsveranstaltung mit Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit und Integration und Wahlkreiskandidat Alexander Freier-Winterwerb, Café Grenzenlos, Plesser Str. 1, 12435 Berlin
- 22.08.2016 19:00, **Kiezgespräch mit Spandau Bürgermeister Helmut Kleebank**, Zum Gartenbahnhof, Torweg 4, 13591 Berlin
- 23.08.2016 18:00 - 20:00, Severin Höhmann, **Besuch des Zeiss-Großplanetariums**, Prenzlauer Allee 80, 10405 Berlin
- 23.08.2016 18:00 - 20:00, KungerkiezInitiative e.V., **Bezahlbarer Wohnraum im Treptower Norden – woher nehmen, wenn nicht bauen?** mit Senator Andreas Geisel, Ingo Malter, Geschäftsführer Stadt und Land WmbH, und Wahlkreiskandidat Alexander Freier-Winterwerb. JuKuZ Gerard Philipe, Karl-Kunger Str. 29/30, 12435 Berlin
- 23.08.2016 16:00 - 18:00, Daniel Buchholz, MdA, **Sommer-Café mit Michael Müller** in Spandau, Bürgerbüro Daniel Buchholz, MdA, Quellweg 10, 13629 Berlin
- 24.08.2016, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Am Berl 13, 13051 Berlin
- 24.08.2016 20:00 **Jan Stöß, Stammtisch**, Volksbar, Rosa-Luxemburg-Straße 39, 10178 Berlin
- 24.08.2016 17:00 - 19:00, **Dilek Kolat, MdA Friedenau, Shopping-Tour**, Treffpunkt am Wahlkreisbüro Dilek Kolat, MdA, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin
- 24.08.2016 19:30, SPD Spandau, **Raed Saleh lädt ein zum Kiezgespräch**, Spandauer Kater, Seeburger Straße 15, 13581 Berlin
- 24.08.2016 16:30 - 18:00, **Jörg Stroedter, MdA Reinickendorf, Bürgersprechstunde**. Um vorherige Anmeldung wird unter 030-

701 78 034 gebeten. Bürgerbüro Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

- 24.08.2016 17:00 - 18:00, SPD Berlin, **Müller Treffen! Eastgate**. Treffen Sie den Spitzenkandidaten der SPD Michael Müller. im Eastgate, Marzahner Promenade 1A, 12679 Berlin
- 25.08.2016 14:30 - 15:30, SPD Berlin, **Müller Treffen! Forum Steglitz**. Treffen Sie den Spitzenkandidaten der SPD Michael Müller, Forum Steglitz, Schloßstraße 1, 12163 Berlin
- 26.08.2016 11:00 - 13:00, SPD **AG 60 plus Berlin, Infostand** vor dem Rathaus Neukölln, Erkstraße Ecke Karl-Marx-Str. 83, 12043 Berlin
- 26.08.2016 15:00 - 16:00, **Iris Spranger, MdA Marzahn-Hellersdorf, Bürgersprechstunde**. Um telefonische Anmeldung wird gebeten (030) 522 833 65. SPD-Bürgerbüro Marzahn-Hellersdorf, Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin
- 26.08.2016 15:30 - 17:30, Dilek Kolat, MdA Friedenau, **Friedenau und Natur: „Natur am Zug“**, Rundgang, Anmeldungen an: info@dilek-kolat.com. Treffpunkt: Park-Eingang S-Bhf. Priesterweg, Priesterweg, 12157 Berlin
- 27.08.2016 09:00 - 10:30, **Michael Müller, MdA Tempelhof, Wahlkreis-Bürgerdialog-Frühstück**. Anmeldung erforderlich unter 81 82 83 30 oder per Email buero@michael-mueller.de. Seniorenfreizeitstätte Mireille Mathieu, Boelckestraße 102, 12101 Berlin
- 29.08.2016 19:00 - 21:00, SPD Treptow-Köpenick, **Bauen, bauen und nochmals bauen – wie wir die soziale Stadt weiterentwickeln!** mit Bundesbauministerin **Barbara Hendricks** und Wahlkreiskandidat Alexander Freier-Winterwerb. Jugendfreizeiteinrichtung Rumba, Baumschulenstr. 28, 12437 Berlin
- 31.08.2016, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Am Berl 13, 13051 Berlin
- 02.09.2016 17:00 - 18:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, **Reinhard Naumann im Gespräch mit Dr. Julia Wallner, Direktorin Georg Kolbe Museum, und Tim Renner**, Staatssekretär für kulturelle Angelegenheiten, Georg Kolbe Museum, Skulpturengarten, Sensburger Allee 25, 14055 Berlin

■ Alle Termine: www.spd.berlin/termine

Charlottenburg-Wilmersdorf:

Spaziergänge durch den Bezirk

Zum literarischen Spaziergang durch Wilmersdorf laden die Abgeordnete Franziska Becker und Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann am heutigen Sonnabend ab 14.00 Uhr. Der Rundgang um den Prager Platz erinnert an bedeutende Wilmersdorfer Autoren und Künstler aus der Weimarer Zeit wie Grosz, Kästner und Kisch. Treffpunkt: Nikolsburger Platz, vor der Kita Aventura (Nikolsburger Platz 6-7, 10715, Berlin, U-Bahnhof Hohenzollernplatz oder Güntzelstraße).

Ein Spaziergang durch den Grunewald zusammen mit den SPD-Kandidatinnen Franziska Becker, Carolina Böhm und Ülker Radziwill, findet am 4. September 2016, von 15.00 - 16.30 Uhr statt. Gemeinsam suchen sie Orte auf, an denen Frauen gelebt haben, die durch ihre politische oder künstlerische Arbeit bekannt und z.T. verfolgt wurden. Treffpunkt: 15.00 Uhr an der Hildegard-Wegscheider-Schule, Lassenstraße 16 - 20, 14193 Berlin

Um eine formlose Anmeldung telefonisch unter (030) 863 19 653, per E-Mail unter kontakt@becker2011.de wird gebeten.

August Bebel Institut:

Kaliningrad: Fotos als Zeugnisse des Wandels

In Königsberg-Kaliningrad manifestieren sich die Wechsel von Epochen und Ideologien: Deutschland - Sowjetunion - Russland. Eine Stadt geprägt von Krieg, Umsiedlung und Wiederaufbau. Dmitry Vyshemirskys Fotos sind Zeugnisse dieses Wandels und des visuellen Kampfes um Deutungshoheiten. Das August Bebel Institut zeigt seine Arbeiten vom 2. bis 30. September in der Ausstellung „Königsberg Bindestrich Kaliningrad. Idee oder Geschichte“.

Die Beschäftigung mit dem alten Königsberg, jener Stadt, die so dicht unter der Kaliningrader Oberfläche liegt, hatte lange Zeit eine Aura des Oppositionellen, des Widerständigen. Obwohl nur sehr wenige (deutsche) Königsberger*innen nach der letzten Ausweisungswelle 1948 in dem sowjetischen Kaliningrad blieben, blieb die deutsche Stadt in der sowjetischen präsent. Heute drohen sogar die Spuren von 45 Jahren Geschichte der Sowjetunion aus dem Gedächtnis der Stadt zu verschwinden. Die Fotografien von Dmitry Vyshemirsky zeigen Kaliningrad in allen diesen Widersprüchen.

Dmitry Vyshemirsky wurde 1958 in der Ukraine geboren und lebte seit seiner Kindheit bis 2015 in Kaliningrad. Bis Anfang der 1980er Jahre arbeitete er als Pressefotograf für Kaliningrader Zeitungen. In den Langzeit-Foto-Dokumentationen „Königsberg, Verzeih“ und „POST“ beschäftigt er sich mit dem post-deutschen und post-sowjetischen Kulturraum der Region Kaliningrad, mit russischer Geschichte und der Demokratie baltischer Staaten. Heute lebt und arbeitet er in Berlin, wo er ein Forum für humanistische Fotografie aufbaut.

➡ Vernissage: Freitag 2. September, 19-21 Uhr, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, mit Olga Sezneva (Soziologin, Amsterdam Institute for Social Science Research) und Dmitry Vyshemirsky (Künstler), Anmeldung unter anmeldung@august-bebel-institut.de

➡ Öffnungszeiten: Mo-Fr, 14-18 Uhr;

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Musik zwischen Mauer und Späti

Konzerte und Festivals im Sommer - umsonst und draußen

Zum nunmehr zweiten Mal gibt es vom 26. bis 28. August ein Streetmusic-Festival an der East Side Gallery auf Höhe der Mercedes Benz Arena. Deren Träger, die Anschutz Entertainment Group, hatte die Idee, fand potente Sponsoren und sorgt für die Organisation. Mehr als 40.000 Zuschauer kamen letztes Jahr bei freiem Eintritt auf das Gelände mit Blick auf die Oberbaumbrücke.

Bei den East Side Music Days können sie alle auftreten: von blutigen Anfängern bis zu Profis. Es gibt zwar eine Hauptbühne, aber die meisten Auftritte finden an verschiedenen Stellen rund um die buntbemalten Mauerreste der East Side Gallery auf Augenhöhe mit den Besuchern statt. Und zwar ohne Stromanschluss. Da zeigt es sich dann, ob ein Solist oder eine Gruppe auch ohne Verstärker und Playback gute Musik macht.

Auch auf Bootsfahrten auf der Spree kann man Street Music erleben. Dort geht es außerdem um Fortbildungsangebote für den Nachwuchs, der heute noch an der Straße steht und morgen vielleicht schon auf der großen Bühne. Im letzten Jahr wurde sogar ein Stipendium vergeben. Auch dieses Jahr sind von den Sponsoren wieder Prämien ausgelobt.

Rund hundert einzelne Events gibt es an den drei Tagen des letzten August-Wochenendes. Und selbstverständlich ist, wo Street Music erklingt, Street Food nicht weit. Die Genießer-Trucks warten auf hungrige Mäuler. Es soll eben alles stimmen, bei diesem Event, damit er zur Tradition wird.

Eine Woche später, am 2. September, startet zwischen 18 und 22 Uhr ein weiterer Straßenmusik-Event: An verschiedenen Spät-Verkaufsläden in Kreuzberg findet zum ersten Mal das „Spätival“ mit Bands und Nachwuchsmusikern statt. Der Veran-



Blick auf die Oberbaumbrücke: das East Side Music Festival. Foto: Anschutz Entertainment Group

stalter ist „Zum Glück Berliner“, eine Aktion von LOTTO.

Ulrich Rosenbaum □

➔ East Side Music Days, Straßenmusik-Festival, 26. bis 28. August an der East Side Gallery auf Höhe der Mercedes Benz Arena

➔ Spätival: Veranstaltungsorte unter <http://www.zumglueckberliner.de/>

KULTURTIPPS

Buchvorstellung. Gemeinsam mit der Buchhandlung Thalia und dem Berliner Dialog stellt der bebra-Verlag am 4. September im Renaissance Theater das Buch „Und von Tanger fahren die Boote nach Irgendwo“ von Jalid Sehoul vor. Die Laudatio hält Bürgermeisterin Dilek Kolat,

Tanger, eine der geheimnisvollsten Städte der Welt, bewohnt von hungrigen Schmugglern, exzentrischen Literaten und glücklosen Glücksrittern, ist noch heute ein Magnet für unzählige außergewöhnliche Menschen mit ihren Schicksalen. Professor Dr. Jalid Sehoul, gebürtiger Berliner und international renommierter Krebspezialist, hat sich auf den Weg in die Heimat seiner Eltern gemacht und erlebte dabei ein faszinierendes Panorama aus Sehnsucht, Liebe, Heimat und Schmerz. **PM** □

➔ Buchvorstellung, 4. September 2016, 11:30 Uhr, Renaissance Theater, Knesebeckstr. 100, 10623 Berlin, Karten an der Theaterkasse 14 Euro

Die DDR und das Ende vom Lied

Ausstellung zur DDR-Kunstszene und der Biermann-Ausbürgerung

Parallel zur Ausstellung „Gegenstimmen. Kunst in der DDR 1976-1989“ im Martin-Gropius-Bau stellt das Künstlerhaus Bethanien ein Ereignis in den Mittelpunkt seiner aktuellen Ausstellung, das die Kunstszene der DDR verändert hat. Die Ausstellung „Ende vom Lied“ blickt zurück auf die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann aus der DDR im Herbst 1976.

Im Martin-Gropius-Bau sind bis zum 26. September Arbeiten von DDR-Künstlerinnen und -Künstlern zu sehen, die sich gegen die staatliche Bevormundung der Kunst stellten. In der Ausstellung „Ende vom Lied“ des Künstlerhauses Bethanien werden Werke von Künstlern und Künstle-

rinnen präsentiert, die in der DDR gelebt haben oder von heute aus auf sie zurückblicken und sich für die Frage interessieren, wie man sich als Mensch mit kreativem Potential kritisch gegenüber Unrecht verhält und wie Kunst Zeichen setzen kann gegen Systeme der Angst. „Ende vom Lied“ zeigt Dokumentationen von Konzerten von Wolf Biermann – vor seiner Ausbürgerung 1976 und direkt nach dem Mauerfall 1989 sowie ein Interview mit dem Künstler, das die Ereignisse von 1976 reflektiert. **PM** □

➔ „Ende vom Lied“, bis 18.09.2016, Di-So: 14 - 19 Uhr, Kottbusser Str. 10, Eintritt frei
➔ „Gegenstimmen“, Martin-Gropius-Bau, bis 26.09., 10 - 19 Uhr (Di geschl.) Nierderkirchnerstraße 7, 10963 Berlin